

## Schweigender Quarterback

Protest gegen Rassismus: Football-Star Colin Kaepernick singt in der NFL nicht mehr die US-Hymne. **Seite 10**

Foto: imago/UPI



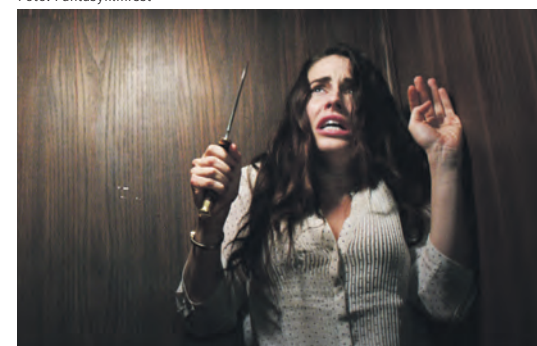
# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

## Böse Menschen

Das Fantasyfilmfest zeigt den Horror unserer Gegenwart. **Seite 7**

Foto: Fantasyfilmfest



Dienstag, 30. August

71. Jahrgang/Nr. 203 Blitzausgabe Bund 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

### STANDPUNKT

## Weder Blitz noch Donner

Wolfgang Hübner über den Notfall in der nd-Redaktion

Vor 21 Jahren warf ein achtjähriges Mädchen in Neuseeland eine Flaschenpost ins Meer. »Wenn dies je gefunden wird, bitte melden!« schrieb sie auf den Zettel in der Flasche, dazu Name und Telefonnummer. Nun ist es passiert: Die Flasche wurde entdeckt, die Absenderin ausfindig gemacht und benachrichtigt.

So eine Geschichte spendet Trost gerade an einem Tag, an dem man morgens in die Redaktion kommt – und praktisch nichts geht. Kein Telefon, kein Internet, keine Agenturnachrichten, kein Redaktionssystem. In solchen Situationen schlägt die Stunde der Alten, zumindest aber der Älteren: Sie können beim Morgenkaffee – die Kaffeemaschinen funktionieren, denn wir haben noch kein total vernetztes Büro, bei dem vom Licht über das Rollo bis zur Mikrowelle alles mit dem Server vernetzt ist – berichten, wie damals, im letzten Jahrtausend, unterm letzten Regime eine Zeitung vor allem mit Hilfe von Schreibmaschine, Schere und Leimtopf hergestellt wurde. Ohne Strom. Unplugged, wie die Jüngeren sagen würden. Aber eine ordentliche Redakteursschere hat heutzutage kaum noch jemand im Schreibtisch. So viel zum Thema Krisenvorsorge.

Das Unglück brach blitzartig über das »neue deutschland« herein: Ein Gewitter hatte sich am späten Vorabend ausgetobt und sich unser Dach ausgesucht. Jetzt stellt sich natürlich die Schuldfrage. Ohne Recherchemöglichkeiten im Internet, nur auf Grundlage unseres Klassenstandpunkts, lautet das Ergebnis der Blitz(!) analyse: Wahrscheinlich liegt es am Kapitalismus. Denn erstens ist ein solches Vorkommnis aus zahlreichen Zentralorgans-Jahren nicht überliefert. Und zweitens stellt sich die Frage: Cui bono? Wem nutzt es, dass die sozialistische Tageszeitung nur eingeschränkt arbeiten kann? Und das ausgerechnet vor so wichtigen Ereignissen wie den Landtagswahlen, der Heiligsprechung von Mutter Teresa und dem Tag des Deutschen Butterbrots? Wer hat etwas davon? Na also.

Wir ziehen daraus zwei Schlussfolgerungen. Zum einen werden wir ab sofort ständig die Spree beobachten, die gar nicht weit weg vom Redaktionsstz fließt. Sollte ein verzweifelter Korrespondent spreeaufwärts seine Depesche in eine Flasche gestopft und dem Fluss anvertraut haben, werden wir sie finden. Selbst wenn es erst in 21 Jahren geschieht. Und wir werden uns besser gegen Wetterunbilden wappnen. Das Wetter war schon immer ein Feind des Sozialismus; dessen vier Hauptgegner hießen bekanntlich Frühling, Sommer, Herbst und Winter – ein Umstand, der in dem berühmten Werk »Die vier Jahreszeiten« adäquat vertont wurde. Die altheimliche Devise bleibt gültig: Das »neue deutschland« in seinem Lauf hält weder Blitz noch Donner auf.

## Endlich wieder analog!

Nach Blitzeinschlag: Das »neue deutschland« ist kaputt und hat Spaß dabei



So sieht es beim »nd« unter der Haube aus.

Foto: nd/Vincent Körner

Berlin. Ein Blitz ist, man hat das in der Schule gelernt, ein kurzzeitiger Lichtbogen zwischen Wolken und der Erde. Die Erde ist groß, die Schule lange her – warum einer dieser Blitze in der Nacht zum Montag ausgerechnet in das Haus einschlagen musste, in dem die Redaktion dieser Zeitung residiert, wissen wir nicht. Was wir inzwischen wissen: Er kann ganz schön Ärger machen, so ein kurzzeitiger Lichtbogen.

Eine Ausgabe ohne Internet – das hätte man ja noch als kleine Reminiszenz an die Zeiten feiern können, in denen es andere Wege gab, die Schreibweise von Politikernamen abzu-

klären. Eine Ausgabe ohne Telefon – das wäre zumindest ein schöner, weil ruhiger Tag geworden, die geschätzten Leser, Irgendwas-Vertreter und Praktikumsbewerber hätten auch mal einen Tag warten können. Aber was gar nicht geht: eine Ausgabe ohne Internet, ohne Telefon, ohne Redaktionssystem, ohne Zugriff auf unsere Fotoserver, die Nachrichtenagenturen, die E-Mails und so fort.

Nun denn, wir haben es natürlich trotzdem geschafft. Mit Hilfe von Dutzenden Ventilatoren, dem Internet da draußen, der Deutschen Presse-Agentur und vielen anderen. Ehrlich gesagt, es

hat sogar viel Spaß gemacht. Das sollen künftige Blitze bitte nicht falsch verstehen. Wir wollen uns aber auch nicht beschweren. Die der natürlichen Blitzenstehung zugrunde liegenden physikalischen Gesetzmäßigkeiten sind bis heute nicht abschließend verstanden. Da kann man schon einmal an der falschen Stelle einschlagen.

Alle Leserinnen und Leser der digitalen nd-Angebote bekommen die vorliegende Ausgabe als PDF kostenlos zum Download auf unserer Internetseite. Und alle anderen natürlich auch. Nutzen Sie also die Chance. Und bedanken Sie sich beim Blitz. *nd* Seite 12

## Kein Geld für die Urlaubsreise

Beinahe jedes vierte Kind in Deutschland muss wegen Armut in der Familie zu Hause bleiben

**Deutschland ist reich, nicht aber alle seine Bewohner. Millionen Kinder und Jugendliche können wegen Armut nicht in den Urlaub fahren.**

Berlin. Die Sommerferien dieses Jahres neigen sich dem Ende zu, in den meisten Bundesländern hat die Schule wieder begonnen. Längst nicht für alle Kinder jedoch sind diese Ferien mit der Erinnerung an eine Urlaubsreise verbunden. Millionen Eltern können sich eine solche nicht einmal für eine Woche leisten. Nach den jüngsten offiziellen Zahlen lebten 2014 mehr als 3,4 Millionen Kinder und Jugendliche in einem Haushalt, für den schon eine einwöchige Urlaubsreise unerschwinglich ist. Das betraf 23,8 Prozent aller unter 18-Jährigen in Deutschland.

Die Daten des Europäischen Statistikamtes Eurostat stammen aus einer Erhebung zu verschiede-

nen finanziellen Mangelerscheinungen. Insgesamt lebten 16,7 Millionen Menschen in Deutschland in Haushalten, die zu arm für Urlaubsreisen sind. 5,5 Millionen und damit 38 Prozent aller unter 18-Jährigen lebten 2014 in einem Haushalt, der Schwierigkeiten hatte, unerwartete Ausgaben von mehreren hundert Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten. 1,2 Millionen unter 18-Jährige lebten 2014 in Haushalten mit Problemen, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu begleichen.

Die nach Alter aufgeschlüsselten Daten hatte die LINKE-Fraktionssprecherin Sabine Zimmermann bei Eurostat erfragt. »Kinder und Jugendliche bekommen häufig zu spüren, was Armut bedeutet«, sagte Zimmermann der dpa. »Besonders in der Ferienzeit ist es natürlich bitter, wenn sie gerne verreisen würden, es aber nicht geht.« Insgesamt sind laut Euros-

tat fünf Prozent der Minderjährigen in Deutschland von deutlicher materieller Entbehrung betroffen. Der Wert schwankte in den vergangenen knapp zehn Jahren zwischen 4,8 und 7,1 Prozent.

»Für eines der reichsten Länder der Erde ist es beschämend, dass

*Seit dem Jahr 2012 steigt die Kinderarmut in Deutschland wieder an.*

Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich von finanziellen Problemen und Einschränkungen betroffen sind«, sagte Zimmermann. »Statt unbeschwert aufwachsen zu können, lernen sie Entbehrungen kennen.«

Europaweit waren Minderjährige in Bulgarien mit 38,4 Prozent am häufigsten von solchen Ent-

behrungen betroffen, am wenigsten in Schweden mit 1,1 Prozent. In Deutschland können sich, auch das ist ein Ergebnis der Erhebung, mehr als sechs Millionen Menschen nicht regelmäßig fleisch- oder eiweißhaltige Mahlzeiten leisten, davon sind fast 900 000 Kinder und Jugendliche betroffen. Knapp vier Millionen Menschen haben nicht genug Geld für eine angemessene geheizte Wohnung, davon knapp 800 000 Kinder und Jugendliche. Von der Bundesregierung forderte Zimmermann ein Konzept gegen Kinder- und Jugendarmut.

Alarmierend: Seit 2012 steigt die Kinderarmut in Deutschland wieder an. Waren 2012 etwa 2,13 Millionen Kinder von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, betraf dies 2014 rund 2,27 Millionen, also 140 000 Kinder mehr. Der Anteil armer Kinder an der Gesamtzahl der Kinder in Deutschland stieg damit von 18,2 auf 19,3 Prozent. *dpa/nd*

## Wann verkündet Merkel ihre Kandidatur?

Kanzlerin vertröstet auf »gegebenen Zeitpunkt« / Kreise: Schon im Dezember

Berlin. Tritt Angela Merkel noch einmal als Spitzenkandidatin von CDU und CSU zur Bundestagswahl an? Und wann wird sie sich dazu äußern? Am Sonntag sagte Merkel in der ARD, über diese Fragen werde sie »zum gegebenen Zeitpunkt ja dann auch Bericht erstatten«. Zuvor hatte der »Spiegel« berichtet, Merkel sei praktisch von der CSU dazu gezwungen worden, ihre Pläne erst im kommenden Jahr vorzustellen, weil Horst Seehofer erst dann entscheiden wolle, ob seine Partei sie wieder unterstützt. Nun heißt es, Merkel wolle sich schon auf dem CDU-Parteitag im Dezember als Kandidatin der Union präsentieren. Wie »Bild« schreibt, müsse sie »wegen des CDU-internen Unmuts über ihre Flüchtlingspolitik« einen Dämpfer fürchten. Verkündet sie kurz vor der Wahl die Kandidatur, »dürfte das Ergebnis deutlich besser ausfallen«. Nach einer Umfrage sagten 42 Prozent, Merkel solle eine weitere Amtsperiode anpeilen. Im November 2015 waren es 45 Prozent. Die große »Merkel-Krise« lässt sich daraus also nicht ablesen. Und: Die CDU-Chefin liegt klar über den Werten, welche die Union in Umfragen erzielt. *tos* Seite 4

## MAD soll Bewerber vor Einstellung überprüfen

Änderung des Soldatengesetzes: Sorge vor Missbrauch von Waffen

Berlin. Die Bundeswehr will ab Juli 2017 alle Bewerber einer Sicherheitsüberprüfung durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) unterziehen. So will man mögliche Terroristen und Kriminelle frühzeitig erkennen und noch vor der Einstellung aussortieren. Ein entsprechender Entwurf für die Änderung des Soldatengesetzes soll demnächst vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Bislang durfte der MAD nur Soldaten überprüfen. Die »Durchleuchtung« von Bewerbern ist Sache der Verfassungsschutzämter. In der Begründung des Änderungsantrages heißt es: »Die Bundeswehr bildet im Rahmen ihres Auftrags alle Soldatinnen und Soldaten in Handhabung und im Gebrauch von Kriegswaffen aus.« Daraus erwachse die Gefahr des Missbrauchs. Terroristen könnten »erworbene Fähigkeiten nutzen, um gut vorbereitete Gewalttaten im In- oder Ausland zu verüben«. Laut Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bewerben sich für die Truppe jährlich rund 100 000 junge Menschen. Ein Viertel von ihnen sei für den Dienst in der Bundeswehr geeignet. *hei*

## Über 50 Tote bei Anschlag in Aden

Terrormiliz IS bekannte sich zu neuer Bluttat in Jemen

Sanaa. Ein Selbstmordattentäter hat in Jemen ein Rekrutierungszentrum der Armee ins Visier genommen. Bei dem Anschlag mit einer Autobombe wurden im Süden des Bürgerkriegslandes über 50 Menschen getötet. Mehr als 60 Menschen seien in der Stadt Aden verletzt worden, hieß es am Montag in Kliniken. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) bekannte sich zu dem Selbstmordanschlag. Einer ihrer Kämpfer habe sich gesprengt, meldete das IS-Sprachrohr Amak am Montag. Der IS hat in Aden bereits mehrfach Anschläge verübt. So starben Ende Mai bei zwei Bombenanschlägen mindestens 45 Menschen. Der IS bekannte sich zu den Taten.

In Jemen tobt seit rund zwei Jahren ein Bürgerkrieg. Huthi-Rebellen aus dem Norden des Landes haben große Teile Jemens überrannt. Die Hafenstadt Aden steht unter Kontrolle von Kräften, die an der Seite der Regierung kämpfen. Eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition bombardiert seit März vergangenen Jahres die Aufständischen. Sie unterstützt damit den international anerkannten Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi. *Agenturen/nd*



Viele Städte und Gemeinden hielten es eine Zeit lang für eine gute Idee, ihre kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu verkaufen. Zu verlockend war das schnelle Geld. Doch mittlerweile hat ein Umdenken eingesetzt.



Fotos: photocase/jock+scott

## Nach zehn Jahren kommt die Woba zurück

Rot-Grün-Rot im Stadtrat Dresden will 2500 neue Wohnungen bis 2019 bauen

**In Dresden soll noch 2016 eine neue städtische Wohnungsgesellschaft gegründet werden – zehn Jahre nach dem Verkauf der alten. Darauf verständigte sich das rot-grün-rote Bündnis im Rat.**

Von Hendrik Lasch, Dresden

Wer in Dresden eine Wohnung sucht, muss viel Geduld haben – und bereit sein, tief in die Tasche zu greifen. Die Mieten steigen gefühlt noch schneller als die Zahlen der Einwohner und der Geburten. 541 000 Menschen leben in Sachsens Landeshauptstadt; 2030 sollen es noch elf Prozent mehr sein. Zwar werden gerade auch die letzten verfügbaren Freiflächen bebaut, doch die dort entstehenden Wohnungen können sich oft nur Besserverdiener leisten. Und auch in den bestehenden Wohnungen dreht sich die Spirale nach oben, wozu rund 41 000 Umzüge im Jahr beitragen. Gab es noch vor wenigen Jahren hohe Leerstände, so herrscht jetzt »Verknappung und Verteuerung«. Das Thema Wohnen

werde deshalb „eine der zentralen Zukunftsfragen“ in der Stadt.

Das Zitat stammt aus einem Grundsatzbeschluss vom Sommer 2015, mit dem sich die Ratsmehrheit aus LINKE, Grünen und SPD zur Gründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft bekannte. Jetzt nimmt das Vorhaben Gestalt an: Die Gründung soll »noch im Jahr 2016« abgeschlossen werden. So steht es in der Vereinbarung, mit der das seit der Ratswahl 2014 bestehende Bündnis die Vorhaben für den Rest der bis 2019 laufenden Wahlperiode festschreibt. Diese wurde am Montag besiegelt.

Die Gründung der Gesellschaft noch im laufenden Jahr wäre einigermaßen symbolträchtig, erfolgte sie doch damit genau zehn Jahre nach dem Verkauf der früheren Wohnungsgesellschaft (Woba). Im Jahr 2006 hatte sich die Stadt entschieden, die in ihrem Eigentum befindlichen 48 000 Wohnungen an einen US-Investor zu verkaufen. Mit den Einnahmen von 1,7 Milliarden Euro löste sie alle ihre Verbindlichkeiten ab und wurde als erste deutsche Großstadt schuldenfrei. Zu-

gleich verlor sie alle Steuerungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Nicht zuletzt deshalb war der Verkauf höchst umstritten. In der LINKEN führte er gar zur Spaltung, weil Teile der Fraktion gemeinsam mit CDU und FDP für die Trennung vom Wohnungsbestand gestimmt hatten.

Nach der Kommunalwahl 2014 gehörte es deshalb zu den wichtigsten Vorhaben von Rot-Grün-Rot, eine Woba 2.0 auf die Beine zu stellen. Einige Vorarbeiten sind erledigt, sagt André Schollbach, der Fraktionschef der LINKEN. So seien Kosten für die Gründung in Höhe von einer Million Euro im Etat eingestellt worden. Zudem hat man bei der Verwaltung Vorschläge in Auftrag gegeben, wie die Gesellschaft konkret ausgestaltet werden soll. Sie sollen »in Kürze« vorliegen, sagt Schollbach.

Gleichwohl räumt man im Bündnis ein, dass sich die Gründung als schwierig erweist. »Wir müssen uns ranhalten, wenn wir das Ziel erreichen wollen«, sagt Christian Avenarius, Ratschef der SPD. Der Teufel steckt im Detail, etwa der Frage, wel-

che Rechtsform gewählt wird. Lange diskutiert wurde auch über die Finanzierung der Woba. Der Bau von Wohnungen ist teuer; zugleich muss die Stadt auch viele Schulen und Kitas bauen und will prestigeträchtige Projekte wie den Umbau des Kraftwerks Mitte zum Domizil für zwei Theater

*Im Landtag wurde beschlossen, erstmals seit 2001 wieder Geld für sozialen Wohnungsbau auszugeben.*

stemmen. Laufende Zuschüsse, darüber besteht in dem Ratsbündnis Einigkeit, sollen an die Woba nicht gezahlt werden.

Inzwischen steht fest: Die Stadt und einige städtische Unternehmen bringen in die Gesellschaft ihre verbliebenen Wohnungen sowie Grundstücke ein, Gesamtwert: 50 Millionen Euro. Der Betrag stellt das Eigenkapital für den Bau der ersten 2500

Wohnungen bis 2019 dar; weitere 200 Millionen Euro müssten anderweitig finanziert werden. Bei Kosten von 1800 Euro je Quadratmeter und einer Größe der Wohnungen von 60 Quadratmetern könnte man davon 2300 Wohnungen bauen. Womöglich gibt das Land Fördermittel. Im Landtag wurde unlängst beschlossen, erstmals seit 2001 wieder Geld für sozialen Wohnungsbau auszugeben. Im Doppelhaushalt für 2017/18 will die Koalition aus CDU und SPD 106 Millionen Euro einstellen. Wie viel davon auf Dresden entfällt, ist unklar.

Geplant werden zumindest einige der Wohnungen schon, bevor die Woba 2.0 förmlich gegründet ist. Stadtrat und Oberbürgermeister haben eine stadteigene Sanierungsgesellschaft beauftragt, die ersten 800 Wohnungen zu entwerfen. So will man auch der Ungeduld unter den Bürgern gerecht werden, die groß ist, wie LINKE-Stadtschef Jens Matthis einräumt: In der Frage, wann die ersten Wohnungen der neuen Woba fertig sind, habe es »vielleicht überzogene Vorstellungen« gegeben.

## Die Kommunen verkaufen nicht mehr

Viele Städte wollen Wohnungsunternehmen behalten, auch weil sie Gewinn erwirtschaften

**Vor zehn Jahren lag der Verkauf von kommunalem Wohnungen voll im Trend. Doch heute wollen sich immer weniger Städte von ihrem Eigentum trennen. Das hat verschiedene Gründe.**

Von Fabian Lambeck

»Ausverkauf an Großinvestoren«, titelte das Nachrichtenmagazin »Focus« im Oktober 2006 und warnte: »Immer mehr Städte verkaufen ihre kommunalen Wohnungsbestände.« In Dresden. Der Verkauf des städtischen Wohnungsunternehmens stieß vielleicht auf das bundesweit größte Medienecho, war aber keinesfalls der größte Deal. Den hatte zwei Jahre zuvor bereits die Stadt Berlin abgewickelt, als der rot-rote Senat die kommunale Wohnungsgesellschaft GSW mit ihren 65 700 Wohneinheiten an den US-amerikanischen Investmentfonds Cerberus und die Großbank Goldman-Sachs verscherbelte. Doch

die Transaktion an der Elbe im Jahre 2006 war Höhe- und Scheitelpunkt des Ausverkaufs. Seitdem gingen die Zahlen deutlich zurück. Meint auch Ulrich Ropertz, der Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes. »Wir erkennen hier seit Jahren den Trend, dass die Kommunen sich nur noch selten von ihrem Wohnungsbestand trennen«, so Ropertz gegenüber »neues deutschland«. Zwei Gründe seien dafür: »Zum einen haben die Städte erkannt, wie sinnvoll es ist, über eigene Wohnungen zu verfügen. Zum anderen hat sich die Situation in den Ballungsräumen deutlich verschärft«, unterstreicht Ropertz. Hatte man um die Jahrtausendwende noch mit dem Leerstand zu kämpfen, ist Wohnraum heute vielerorts heiß begehrt und dementsprechend steigen die Mieten. »Den Kommunen, die ihre Wohnungen einst zu Geld gemacht haben, fällt das heute auf die Füße, denn sie haben keinen Einfluss mehr auf den Markt«, betont Ropertz.

Eine Einschätzung, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) auf Nachfrage teilt: »Mit dem Verkauf an private Investoren gehen Steuerungsmöglichkeiten verloren; nicht selten wurden die Mieten stark erhöht und gleichzeitig die bauliche Unterhaltung der Wohnungen vernachlässigt«, so Bernd Düsterdiek, Referatsleiter für Umwelt und Städtebau.

Der DStGB zählt über 700 kommunale Wohnungsunternehmen in Deutschland, die ca. 2,5 Millionen Wohnungen besitzen. Dabei sah es vor ein paar Jahren noch so aus, als sei Immobilienbesitz in kommunaler Hand ein Auslaufmodell. Der Städte- und Gemeindegtag befasste sich noch 2007 in einem Papier mit »Risiken und Möglichkeiten« einer Privatisierung. Zu den Motiven der verkaufswilligen Kommunen hieß es in dem Papier: Die schlechte Haushaltslage vieler Kommunen rücke »auch einen Verkauf des Wohnungsbestandes vermehrt in das kommunale Blickfeld«. Mit dem Erhalt des Kaufpreises gehe die Zinslast

zurück; dies eröffne der Kommune die Gelegenheit, »in andere (Zukunfts-) Bereiche (Schule, Bildung, Infrastruktur etc.) zu investieren«.

Dass bei den Kommunen ein Umdenken stattgefunden hat, belegen auch die Zahlen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Das Institut beobachtet und erfasst »Trans-

*Für viele Städte lohnt sich der Immobilienbesitz mittlerweile, selbst bei Sozialwohnungen, die man an Hartz-IV-Bezieher vermietet.*

aktionen von großen Wohnungsportfolios ab 800 Wohnungen«. In den Jahren 1999 bis Mitte 2011 trennten sich die Kommunen nach Zählung des Instituts von 14 Prozent ihres Wohnungsbestandes, also insgesamt 379 000 Wohnungen. Wobei ein Großteil der Geschäfte

vor 2007 abgeschlossen wurde. Den Höhepunkt der Verkaufswelle erreichte man im Jahre 2004. Damals wurden fast 100 000 kommunale Wohnungen veräußert. In den Folgejahren ging das Gesamtvolumen erheblich zurück. Im Jahre 2014 zählte man nur noch 1900 verkaufte Wohneinheiten aus dem Portfolio der Kommunen.

Für viele Städte lohnt es sich der Immobilienbesitz mittlerweile, selbst bei Sozialwohnungen, die man an Hartz-IV-Bezieher vermietet. Schließlich tragen die Kommunen einen Großteil der Kosten der Unterkunft für die Bedürftigen. Besser die Miete an städtische Unternehmen zu überweisen als an einen börsennotierten Konzern wie die Vonovia. Allerdings bedienen sich die kommunalen Unternehmen oft derselben Strategien wie die privaten: Da werden Hausmeisterposten ebenso ausgelagert wie das »Forderungsmanagement«, also das Eintreiben von Mietschulden. Zudem vermieten die städtischen Gesellschaften auch zu Preisen, die sich nicht alle leisten kön-

nen. In Rostock etwa will die städtische WIRO am Stadthafen Neubauten erreichen: Die Nettokaltmiete soll hier zehn Euro pro Quadratmeter betragen. Das scheint in einem Widerspruch zu Düsterdieks Aussage zu stehen, dass die kommunalen Unternehmen »nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet« seien. »Sie sind vielmehr dem Ziel verpflichtet, preiswerten Wohnraum für breite Kreise der Bevölkerung zu schaffen«, so Düsterdiek. Aber eben auch, um Geld zu verdienen. Die WIRO erzielte 2015 einen Bilanzgewinn von mehr als 22 Millionen Euro und konnte davon 14 Millionen Euro an die Stadt überweisen. Die Hamburger Saga GWG als städtisches Unternehmen erwirtschaftete 2015 gar einen Überschuss von 146 Millionen Euro. Offenbar auch mit Methoden der privaten Investoren: Die Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft kritisierte bereits im vergangenen Jahr die »exorbitanten Mieterhöhungen«, vereinzelt hätten diese sogar knapp 20 Prozent innerhalb eines Jahres betragen.

# »Sie müssen Hochdeutsch mit ihr sprechen«

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe über Sprachbarrieren und den Weg vom Bauernhof in die Frauenpolitik

**Sie haben mit 30 Jahren eine Weiterbildung zur Musiklehrerin gemacht, nachdem Sie schon einige Jahre Deutsch und Mathe unterrichtet hatten. Welches Instrument spielen Sie denn?**

Klavier, das hat bei meinen Eltern im Bauernhaus im Flur gestanden. Das gehörte zum Leben dazu. Ich kann auch ein bisschen Gitarre spielen und für den Notfall ein wenig Blockflöte.

**Ein paar Jahre zuvor hatten Sie Ihr Studium beendet und waren erst einmal auf Reisen gegangen?**

Ja. Ich war von 1972 bis 1977 in Ausbildung, also Studium plus Vorbereitungsdienst. Damals herrschte große Arbeitslosigkeit. In Hamburg gab es keine Stellen, in Schleswig-Holstein zunächst auch nicht. Deshalb habe ich mich entschieden, eine große Reise zu machen. Mein damaliger Freund wartete auf einen Studienplatz, und so sind wir ein halbes Jahr zu Fuß und mit der Bahn durch Peru, Ecuador und Kolumbien gereist. Das Geld habe ich mit Nachtwachen im Krankenhaus verdient.

Nach der Reise habe ich einen ersten Vertretungsjob an einer Schule bekommen. Neun Schulen lernte ich kennen, bis ich eine Dauerstelle bekam. Ich fand es unheimlich schade, dass man meine Sprachkompetenzen, ich hatte etwas Türkisch gelernt und konnte Deutsch als Zweitsprache unterrichten, nicht nutzte. Ich kam einfach aufs platte Land in Schleswig-Holstein. Das kenne ich gut. Daher habe ich das nie wirklich bedauert, aber ein bisschen schade war es schon.

**Sie sind auf einem Bauernhof in der Nähe von Bad Segeberg groß geworden. Wie kommt frau von da in linke Politik, in den Schuldienst und schließlich an die Spitze der GEW?**

Der erste Schritt war, überhaupt aus dem Dorf rauszugehen. Die Entscheidung musste getroffen werden, ob ich auf die Realschule oder aufs Gymnasium gehen oder nach der Volksschule im Dorf bleiben wollte. Meine Eltern hatten mich bei der Realschule angemeldet. Aber kurz bevor der Schulwechsel anstand, habe ich zu meinen Eltern gesagt: »Entweder gehe ich aufs Gymnasium oder ich bleibe hier.«

**Warum das?**

Ich hatte keine Lust auf die Busfahrt. Das war so eine kurvige Strecke, da ist morgens vielen schlecht geworden. Meine Mutter ist dann zum Gymnasium gefahren und hat gefragt, ob noch ein Schulplatz frei ist, was der Fall war. Aber der Schritt ans Gymnasium war schwierig für mich.

**Weil es noch weiter weg war?**

Nein. Ich bin praktisch mit dem Vokabelheft zur Schule gegangen. Die Grundschule war zwar gut, aber ich kannte ja nur »Tuwort« und »Hauptwort«, »Nomen«, »Adjektiv« und »Verb« waren fremde Begriffe. Dazu kam die Umstellung von Plattdeutsch auf Hochdeutsch.

**Sie wurden einsprachig erzogen?**

Mein erster Schulaufsatz war eine Bildbeschreibung, eine Radierung, ich weiß es wie heute, drei Frauen mit Harken im Heu. Wenn Heu in der Reihe liegt, heißt das auf Plattdeutsch: »Dat Heu liggt in Schwaat.« Und ich kannte kein hochdeutsches Wort für Schwaat. Dann habe ich eben geschrieben: »Das Heu lag in Schwaat.« Danach hat der Lehrer meine Eltern bestellt, meine Mutter ist hingefahren. Er hat ihr gesagt: »Wenn Sie wollen, dass Ihre Tochter Abitur macht, müssen Sie mit ihr Hochdeutsch sprechen.« Das führte dazu, dass meine Eltern, wenn sie uns drei Kinder ansprachen, Hochdeutsch redeten. Wenn sie miteinander, den Großeltern oder den Landarbeitern, die mit uns am Tisch saßen, sprachen, war es Platt. Es gibt ein Lied von Knut Kiesewetter: »Mien Gott he kann keen Plattdütsch mehr«. So war es dann bei uns, man war ein Stück weit vom Dorf getrennt.

**Und das alles nur, weil Sie keine Lust darauf hatten, dass Ihnen**



**Marlis Tepe** ist seit Juni 2013 Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Von Beruf ist die 62-jährige Schleswig-Holsteinerin Lehrerin und hat nach ihrem Studium in Hamburg erst dort und dann lange Jahre in Schleswig-Holstein an Haupt- und Realschulen Deutsch, Mathe, Musik und Haushaltslehre unterrichtet. Nach einem ersten Sitz im Lehrer-

hauptpersonalrat in den 1990er Jahren war Tepe seit 2007 als dessen Vorsitzende vom Lehrdienst freigestellt. Über ihren Weg vom Bauernhof im kleinen Dorf in Norddeutschland an die Spitze der GEW und was das mit Geschlecht und Diskriminierung zu tun hatte, sprach mit ihr nd-Redakteur **Jörg Meyer**.

Foto: Christina Palitzsch

**im Bus schlecht wird? Wann ist Ihnen die Politik begegnet? Der Feminismus?**

Wenn man zu Hause keinen Bruder hat, dann sind Eltern nicht so in der Gefahr, die Kinder unterschiedlich zu behandeln. Meine Eltern haben drei Töchter und möchten, dass aus denen das Beste wird. Unser Vater und unsere Mutter haben uns respektiert mit unseren Wünschen, sie haben uns ermöglicht, aufs Gymnasium zu gehen, obwohl sie uns nie helfen konnten. Mein Vater hatte keinen Schulabschluss, meine Mutter hat einen Hauptschulabschluss und hätte vielleicht mehr machen können, wenn das damals möglich gewesen wäre. Auch in der Schule habe ich keine Ungleichbehandlung erfahren. Ich war Schülersprecherin. Später im Studium waren in meinem Freundeskreis viele Frauen, die gegen Paragraph 218 waren. Wir haben die Einrichtung der ersten Frauenhäuser in Hamburg unterstützt. Im Studium habe ich dann als Frau Diskriminierung kennengelernt.

**Nanu? Gerade an der Uni, dem Hort gesellschaftlichen Fortschritts ...**

Ich bin von gleichaltrigen Männern beispielsweise wegen meiner noch immer fehlenden fachsprachlichen Beweglichkeit oder wegen meines fehlenden bildungsbürgerlichen Habitus diskriminiert worden. Ich bin oft verhöhnt worden. Das hat mich massiv geärgert. Das war für mich Chauvinismus. Und ich habe gesehen, dass alle Führungspersonen an der Uni Männer waren. Die Schulleiter um uns rum, das waren alles Männer.

Die Landesregierung, alles Männer. Schleswig-Holstein war seit ewigen Zeiten CDU-regiert. Da gab es kaum weibliche Vorbilder in der Politik. Frauen hatten kaum einen Zugang zur Macht, das ist struktureller Sexismus.

Mein Vater hat einmal von einer Diskriminierung erzählt, die ich mir gemerkt habe: Bei uns im Dorf wurde diskutiert, ob die Meierei erhalten bleiben soll. Bei einer Versammlung der Milchbauern aus mehreren Dörfern hat sich mein Vater zu Wort gemeldet und gesagt: »Man muss die Meierei erhalten auch für die kommenden Generationen.« Da sei der Bürgermeister aufgestanden und habe gesagt: »Heinz Tepe, du hast doch bloß Töchter, wat willst du eigentlich?« Mein Vater hat auf Hochdeutsch geantwortet, was er normalerweise in diesen Kreisen nicht benutzte: »Töchter sind auch Erben!« Meine mittlere Schwester wollte den Hof weiterführen. Das passte mir als Ältester gut. Ich wollte Psychologin oder Lehrerin werden.

**Sind Sie mit Beginn des Berufslebens oder schon im Studium in die Gewerkschaft eingetreten?**

Im Studium bin ich der GEW nicht begegnet. Ich bin eingetreten, sobald ich Arbeitnehmerin wurde. Das war nach dem Studium im Vorbereitungsdienst, als ich das erste Mal Geld verdient habe. Es war auch immer die Frage, macht man in einer der K-Gruppen mit. Aber ich hatte auf dieses direkte Feld der Politik und Parteipolitik keine Lust. Ich fand von vornherein wichtig, meine eigenen Rechte als

Arbeitnehmerin zu vertreten. Das war verbunden mit dem Wunsch, gute Pädagogik zu machen und gute Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Beides konnte ich mit der GEW angehen.

**Ein Zeitsprung ins Jahr 2015: Sie wurden, während der Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst lief, im »Morgenmagazin« interviewt. Eine junge Künstlerin, mit Kind zu Gast im Studio, hat scharf kritisiert, die GEW würde auf Kosten der Eltern streiken und Familienexistenzen gefährden. Ärgert das die Gewerkschafterin oder die Feministin Marlis Tepe mehr?**

Das ist nicht trennbar. Frauen und Männer haben gleiche Rechte, den gleichen Wert. Das Recht auf einen guten Arbeitsplatz hat jeder Mensch. Frauen haben immer noch schlechtere Arbeitsbedingungen, weltweit, aber auch in Deutschland, aber wir haben hier auch viel erreicht. Deswegen halten Frauen, die 20 oder 30 Jahre jünger sind als ich, vieles für selbstverständlich, was für mich, als ich so alt war wie sie, absolut nicht selbstverständlich war. Das erfordert manchmal Geduld, wir kämpfen doch immer an vielen Punkten an den gleichen Stellen. Den Älteren unter uns, die damals die Frauenbewegung mitgeprägt haben, die jetzt um die 70 Jahre alt sind, fehlt manchmal die Geduld, immer noch weitermachen zu müssen. Aber ich glaube, wir müssen weitermachen. Noch sind wir nicht da, wo wir hin wollen.

**Ost-Gewerkschafterinnen haben nach der Wende geschrieben, Errungenschaften, die in**

**der DDR Normalität waren, wurden nach der Einheit abgeschafft. Welche Erfahrungen haben Sie in der Wendezeit gemacht?**

Ich war Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der GEW und damit Mitglied im DGB-Bundesfrauenausschuss. Und ich hatte die große Chance, zu einem Ost-West-Kongress auf dem Petersberg einzuladen, zu dem hochrangige Politikerinnen und Lehrerinnen aus Ost und West kamen. Wir haben als Ost-West-Pärchen über unsere Vorstellungen und Erfahrungen miteinander gesprochen – und haben bemerkt, wie unterschiedlich diese sind. Meine Tandempartnerin sprach von ihrer Mutter oder von Frauen als Muttis. Da gingen mir die Nackenhaare hoch. Das konnten die Ostfrauen nicht verstehen. Für mich war das furchtbar, es war ein Kleinmachen und eine Verniedlichung. Ein anderes Beispiel: Meine Eltern wählten immer schon CDU. Die fanden das nicht witzig, dass ich links geworden bin und Gewerkschafterin. Für Ostfrauen war die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft selbstverständlich. Trotz gleicher Sprache hatte das Wort Gewerkschaft sehr verschiedene Bedeutungen. Das Gespräch über unsere Biografien hat uns geholfen, unsere unterschiedlichen Lebenserfahrungen besser zu verstehen.

Sicherlich hatten die Frauen in der DDR mehr Gleichheitsrechte: in der Arbeit, im Verdienst – aber im Politbüro habe ich wenig Frauen gesehen. Da gab es keinen Unterschied zur Bundesrepublik. Nachdem die Einheit da war, haben die Frauen aus Ostdeutschland verstanden, warum es im Westen so viel schwieriger war, gleichzeitig Mutter zu sein und arbeiten zu gehen. Jetzt versuchen wir das, was in der DDR gut war – Kindertagesstätten und Ganztagschulen – immer weiter umzusetzen, verbunden mit dem starken Wunsch nach hoher Qualität in diesen Einrichtungen.

**Was halten Sie vom Lohngleichheitsgesetz von Frau Schwesig?**

Ein erster Schritt, mehr nicht. Der vorliegende Entwurf betrifft Unternehmen ab 500 Beschäftigten. Aber Lohndiskriminierung passiert gerade in den kleineren und mittleren Betrieben.

**Welche nächsten Schritte stehen bei der GEW auf der To-do-Liste?**

Bildung ist Mehrwert, dem muss die Politik Ausdruck verleihen, damit das keine Sonntagsreden bleiben, wie es bei allen Parteien weitgehend der Fall ist. Wir bekommen die Schuldenbremse, und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärt die schwarze Null zum Dogma. Das hat dazu geführt, dass zu wenig Geld für Bildung ausgegeben wird. Dafür bekommen wir jetzt die Quittung: In der Konkurrenz um die besten Köpfe entscheiden sich zu wenige junge Menschen, Lehrerinnen und Lehrer zu werden. In fast allen Bundesländern werden wir nach den Sommerferien feststellen, dass nicht alle Stellen mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden können und dass es nicht gelingt, für scheinbar unattraktive Standorte gut qualifizierte Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen. Deshalb braucht es eine Grundüberzeugung, dass mehr Geld in die Bildung fließt. Wir brauchen keine Neiddebatte, sondern die Menschen müssen den Parteien sagen: Wir brauchen gute Bildung, bessere Bildung, qualifizierte ErzieherInnen, wir brauchen kleinere Kitagruppen, wir brauchen in der Schule mehr Differenzierungsmöglichkeiten und wir brauchen natürlich im Moment auch unheimlich gutes Personal für Integrationskurse – auch so ein Frauenarbeitsplatz, der extrem schlecht bezahlt wird.

**Beim Blick in den Koalitionsvertrag: Welche Note geben Sie Schwarz-Rot gemessen an dem, was sie für die Gleichstellung erreicht haben?**

So viel steht da ja gar nicht drin. Insofern denke ich, war das in Ordnung. Wir müssen darauf drängen, dass ein nächster Koalitionsvertrag qualitativ besser wird und wir dann mehr erreichen für Frauen. Deshalb: eine Drei minus.

*»Alle Führungspersonen an der Uni waren Männer. Die Schulleiter um uns rum, das waren alles Männer. Die Landesregierung, alles Männer. Schleswig-Holstein war seit ewigen Zeiten CDU-regiert. Da gab es kaum weibliche Vorbilder in der Politik.«*

*»Den Älteren unter uns, die damals die Frauenbewegung mitgeprägt haben, die jetzt um die 70 Jahre alt sind, fehlt manchmal die Geduld, immer noch weitermachen zu müssen. Aber ich glaube, wir müssen weitermachen.«*



**Feminismus & Arbeit**

Gewerkschafterinnen und Politikerinnen über ihren Weg in die Arbeiterbewegung und über den Kampf für Gleichberechtigung. [kasND.de/gewerkschafterin](http://kasND.de/gewerkschafterin)

Grafik: nd

## NACHRICHTEN

## Iran stationiert russische Abwehrraketen

Teheran. Die iranischen Revolutionsgarden haben russische S-300-Luftabwehrraketen vor der Urananreicherungsanlage Fordo südlich der Hauptstadt Teheran in Stellung gebracht. Mit dem Flugabwehrsystem sollten demnächst auch die anderen Atomanlagen des Landes geschützt werden, berichtete die Nachrichtenagentur FARS. Russland hatte im April mit der Lieferung der S-300 Raketen an Iran begonnen. Bis Jahresende soll der Vertrag im Wert von etwa 740 Millionen Euro ganz erfüllt werden. Der Kommandeur der iranischen Luftabwehr, General Farsad Esmaili, sagte dem Sender Irib, Irans Atomanlagen müssten »unter allen Umständen« geschützt werden. Wie unter dem internationalen Atomabkommen vereinbart, stoppte Iran dort die Urananreicherung und begann damit, Zentrifugen zur Anreicherung zu entfernen. Die verbleibenden Zentrifugen darf der Iran zu Forschungszwecken nutzen. *Agenturen/nd*

## 20 Tote bei Attentat auf Hochzeit

Kerbela. Bei einem Angriff mehrerer Selbstmordattentäter auf eine Hochzeitsfeier im Zentrum Iraks sind mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Mindestens 16 Menschen seien in dem Ort Ain al-Tamr westlich der vor allem von Schiiten bewohnten Stadt Kerbela verletzt worden, teilten die Sicherheitsbehörden nach Angaben der Nachrichtenseite Al-Sumaria mit. Demnach zündete am späten Sonntagabend zunächst einer der Angreifer seinen Sprengstoffgürtel. Sicherheitskräfte hätten vier weitere Attentäter getötet. Unklar war zunächst, wer für den Angriff verantwortlich ist. Die sunnitische Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verübt regelmäßig Anschläge gegen Schiiten in Irak. *dpa/nd*

## Auskunftspflicht für Mütter geplant

Berlin. Mütter von sogenannten Kuckuckskindern sollen nach Plänen des Justizministeriums künftig zur Auskunft über den leiblichen Vater verpflichtet werden. Dies geht aus einem Gesetzentwurf hervor, über den zuerst die »Bild«-Zeitung berichtete. Ziel sei mehr Rechtssicherheit bei Regressforderungen der Scheinväter, sagte Justizminister Heiko Maas (SPD). Allerdings gilt diese Auskunftspflicht nicht, wenn »schwerwiegende Gründe« dagegen sprechen. Das Justizministerium reagiert mit der Regelung auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. *dpa/nd*

## VW-Krise belastet zehntausende Bürger

Wolfsburg. Die Folgen des Diesel-Skandals bei Volkswagen kommen für Zehntausende Bürger an VW-Standorten im eigenen Geldbeutel an. Wegen der massiv einbrechenden Gewerbesteuern drehen betroffene Städte an ihren Gebührenschrauben, wie eine Umfrage der dpa ergab. Zu seinen Gewerbesteuerzahlungen macht VW keine Angaben. Es sei aber Fakt, dass sie rückläufig sind, heißt es aus dem Konzern. *dpa/nd*

## Tarifverdienste wachsen nur leicht

Wiesbaden. Die Tarifbeschäftigten in Deutschland konnten im zweiten Quartal dieses Jahres nur geringe Steigerungen ihrer Einkommen erzielen. Einschließlich der Sonderzahlungen lagen ihre Entgelte 0,9 Prozent über dem Wert aus dem Vorjahresquartal, wie das Statistische Bundesamt am Montag berichtete. Das sei der schwächste Anstieg seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2011 gewesen. Rechnet man die Sonderzahlungen heraus, betrug der Zuwachs innerhalb eines Jahres 1,2 Prozent. Die Verbraucherpreise stiegen im beobachteten Zeitraum um 0,1 Prozent. *dpa/nd*



Angela Merkel beim Interview mit der ARD

Fotos: dpa/Rainer Jensen

## Merkels Amt, Seehofers Daumen

Die K-Frage verlangt angesichts des Streits in der Union offenbar bereits ein Jahr vor der Wahl gescheitertes Taktieren

**Es scheint derzeit keine wichtigere Frage zu geben, als die »Macht-sie-es-K-Frage«. Absurd. Denn bist zur Bundestagswahl vergeht noch über ein Jahr.**

Von René Heilig

Angela Merkel ziert sich. Nein, sie wolle jetzt noch nicht verkünden, ob sie ein weiteres Mal als Kanzlerkandidatin antritt, sagte sie im ARD-Sommerinterview. Die 62-Jährige kündigte am Sonntagabend lediglich an, sie werde ihren Beschluss »zum gegebenen Zeitpunkt« fassen. Dies betreffe auch ihre Kandidatur als CDU-Vorsitzende. Und sofort ging es los: Führende CDU-Politiker machten sich krumm und skandierten: Bitte, bitte Angela, mach es... Für uns...

Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, sie sei für eine weitere Legislaturperiode. Warum? Einfach

weil Angela Merkel »die Richtige« sei. So sieht es auch der hessische Ministerpräsident und CDU-Vize Volker Bouffier und Nordrhein-Westfalens CDU-Chef Armin Laschet ergänzte eilfertig, Deutschland sei dank der Kanzlerin heute wirtschaftlich und politisch der Hort der Stabilität in Europa. Angesichts der realen Lage in Europa und angesichts der Tatsache, dass Laschet eine rheinische Frohnatur ist, klingt das fast wie Spott. Doch ist es ernst, bitter ernst gemeint.

Klar, dass Merkel auch nach 2017 Bundeskanzlerin sein muss. Wer auch sonst?! Und genau das ist die eigentliche Frage. Wer, wenn nicht Angela Merkel? Die Kanzlerin hat in ihrer Amtszeit als CDU-Chefin (seit 2000) und als Regierungschefin (2002) alles um sich herum platt getreten. Was gefährlich wuchs im Garten der Christdemokraten, wurde ausgerissen oder verpflanzt. Und Wolfgang Schäuble, der loyale alte

Schildträger Merkels, ist zu alt, um weiter Karriere zu machen. Doch Merkels Umfrageergebnisse lassen nichts Gutes ahnen. Die Alternative für Deutschland sahn am rechten CDU-Rand kräftig Stimmen ab. Am Sonntagabend wird die AfD in Mecklenburg-Vorpommern vermutlich – gerade für die Union – erschreckende Wahlzustimmung präsentieren können. Die folgenden Wahlen in Berlin stärken die Rechtsaußen-Nationalisten weiter. Die eigentliche Rechnung für die CDU wird aber in München ausgestellt.

Die bayerische Schwesterpartei CSU, die nie mehr aber auch nicht weniger war als die alles entscheidende Koalitionsgeliebte, hat nun abermals die letzte Entscheidung darüber, wen die Union für das Spitzenamt ins Rennen schickt. CSU-Parteichef Horst Seehofer obliegt es, den Daumen nach oben oder nach unten zu halten. Und so lange er sich nicht dazu bekennt, für

Merkel in den Wahlkampf zu ziehen, ist alles offen. Zumal ja auch noch das Amt des Bundespräsidenten besetzt werden muss.

Letztlich wird also das Zeichen aus Bayern Klarheit bringen. Doch wann? Vermutlich nicht eher, als dass Seeho-

*CSU-Parteichef Horst Seehofer obliegt es, den Daumen nach oben oder nach unten zu halten.*

fer seinen eigenen »Laden« geordnet hat. Dass Heimatminister Markus Söder dem Chef da immer Druck machen will, erleichtert dem CSU-Vorsitzenden, dem Ministerpräsidenten und dem Kanzlermacher Seehofer nicht gerade das Taktieren.

Unabhängig von diesen Gegebenheiten versucht die CDU krampfhaft, Handlungsfähigkeit zu beweisen.

Nicht nur CDU-Vize Julia Klöckner erwartet, dass Merkel im Dezember auf dem Parteitag in Essen wieder als CDU-Vorsitzende kandidieren wird. Warum? Na, eine andere Kanzlerkandidatin als Merkel könne sie sich nicht vorstellen. Auch andere CDU-Spitzenleute rechneten damit, dass sich Merkel in Essen für weitere zwei Jahre als Parteivorsitzende zur Wahl stellen und sowohl den Parteivorsitz als auch die Kanzlerkandidatur miteinander verknüpfen wird.

Das ist clever. Diese Methode entspräche Merkels erprobtem Stil im Umgang mit parteiinternen Kritikern, die diesmal besonders den verbreiteten Unmut über Merkels Flüchtlingspolitik artikulieren werden. Doch die Verknüpfung beider Ämter lässt den Opponenten wenig Spielraum. Wer gegen Merkel als CDU-Chefin stimmt, mindert automatisch die Aussichten der CDU-Kanzlerkandidatin. Diesen Dolchstoß wird sich kaum ein Christdemokrat erlauben.

## Ausgelagerte Strafverfolgung

In Kempten wird die Gesetzestreue von Soldaten im Ausland überwacht

**Wo immer Bundeswehrsoldaten stationiert sind, müssen sie sich an deutsche Gesetze und völkerrechtliche Regeln halten. Darüber wacht ein kleines Amtsgericht im Allgäu.**

Von René Heilig

Begingen Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen Straftaten, dann musste vor dem April 2013 die jeweilige Staatsanwaltschaft am Standort oder am Wohnsitz des Soldaten ermitteln. Seit drei Jahren ist das anders. Seither erfahren Soldaten eine Art Vorzugs-, zumindest aber eine Sonderbehandlung. In Kempten, das liegt im Allgäu. Die dortige Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht sind zuständig für alle Verfehlungen, die Soldaten bei Auslandseinsätzen begehen. Das sollte eine effektive und zügige Strafverfolgung ermöglichen, erklärten die Erfinder dieser Methode. Der Bundestag stimmte mit Mehrheit zu.

Gegen diese ungewöhnliche Konstruktion einer bundesweit zuständigen Landesjustizstelle hatte es zuvor aber Bedenken gegeben. Der Richterbund etwa sah dafür keine Notwendigkeit und auch der Anwaltsverein lehnten das entsprechende Gesetz

ab. Beschlossen wurde es aber dennoch.

Wenn die Bundesregierung schon Aufgaben auslagere, dann wird sie sich doch gewiss darum kümmern, ob der beschrittene Weg erfolgreich ist. In etwa dies dachte sich die Bundestagslinksfraktion und stellte eine entsprechende Anfrage. Doch sie irrte sich. »Da die Strafverfolgung grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder fällt, verfügt die Bundesregierung weder über Informationen zu dem in Kempten eingesetzten

*Seit 2010 wurde gegen 31 Angehörige der Bundeswehr wegen Kriegsverbrechen ermittelt.*

richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Personal des Freistaats Bayern noch über statistische Angaben zu dort geführten Ermittlungs- bzw. Strafverfahren.«

Doch ganz ohne Wissen ist die Bundesregierung auch nicht. Sie weiß immerhin, dass einige der nun für die Bundeswehr verantwortlichen Richter und Staatsanwälte sich sogar schon

einmal weitergebildet haben: am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. 2013 registrierte man zwei Wissbegierige, 2014 einen Juristen und 2016 bisher immerhin drei Gäste in Koblenz, die sich beim Lehrgang »Der Rechtsberater-Stabsoffizier im Auslandseinsatz« einschrieben. Beim »Informationsseminar für Juristinnen und Juristen – Recht und Führungskultur in der Bundeswehr« nahmen aus diesem Allgäuer Juristenkreis seit 2014 sechs Abgesandte teil. »Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Informationen über Fortbildungsmaßnahmen der in Kempten tätigen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor.«

Doch ganz so unnützlich war die Nachfrage der LINKEN um Fraktionsvize Jan Korte dann doch nicht. Immerhin erfuhr man so, dass der Generalbundesanwalt seit 2010 »insgesamt zwölf personenbezogene Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 31 Angehörige der Bundeswehr wegen des Verdachts der Begehung von Kriegsverbrechen in Afghanistan eingeleitet« hat. Alle Verfahren wurden inzwischen allerdings eingestellt, »weil die Ermittlungen keinen genügenden Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage boten.«

## Spurlos verschwunden

Polizei sieht keinen Grund zu besonderer Sorge

Berlin. Für die Polizei sind vermisste Personen Alltagsgeschäft. Derzeit sind etwa in Berlin 219 Menschen als vermisst gemeldet, 27 davon Kinder. Mag sein, dass deshalb die Aufregung so gering bleibt, wenn Flüchtlingskinder in großer Zahl verschwinden. Seit Jahresbeginn hat sich deren Zahl bundesweit offenbar fast verdoppelt. Am 1. Juli waren 8991 unbegleitete Flüchtlingskinder und Jugendliche einem Bericht der »Neuen Osnabrücker Zeitung« zufolge als vermisst gemeldet – fast doppelt so viele wie noch zu Jahresbeginn. Die Zahl der vermissten Flüchtlingskinder übersteigt bereits die des Gesamtjahrs 2015. Die Zeitung beruft sich auf Angaben des Bundeskriminalamts.

Eine BKA-Sprecherin machte aber deutlich, dass die Zahlen nichts darüber aussagen, wie viele Kinder und Jugendliche tatsächlich verschwunden sind. »Vielfach entfernen sich die Kinder nicht planlos, sondern wollen ihre Eltern, Verwandten oder Bekannten in anderen deutschen Städten oder gar im europäischen Ausland aufsuchen«, sagte die Sprecherin gegenüber der Zeitung. Wenn die als vermisst Gemeldeten

dann bei ihrer Familie ankämen, erhielten die deutschen Behörden oft keine Rückmeldung und die Namen blieben in der Fahndungsdatenbank stehen. Häufig gebe es auch Mehrfachregistrierungen, wenn Jugendliche sich an einem anderen Ort wieder melden – weil sie keinen Pass mehr haben, ihre Personalien nicht feststehen oder der Name unterschiedlich geschrieben wird.

Die meisten Vermisstenfälle sind den Angaben zufolge mithin harmlos und haben keinen kriminellen Hintergrund. Dem BKA lägen keine konkreten Erkenntnisse vor, dass ein Teil der Vermissten Kriminellen in die Hände gefallen sein könnte, sagte die Sprecherin. Der größte Teil der als vermisst Gemeldeten waren Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (8046), der kleinere Teil waren Kinder unter 13 Jahren (867). Hinzu kamen 78 Personen über 18 Jahren.

Die Europäische Polizeibehörde Europol verwies auf eine Schätzung vom Februar, wonach mindestens 10 000 unbegleitete Flüchtlingskinder nach ihrer Ankunft in Europa verschwunden sind. Die Zahl sei inzwischen deutlich höher, hieß es. *dpa/nd* *Kommentar Seite 11*

# Reformen bleiben hinter der Hoffnung zurück

Portugals Kommunisten feiern ein Jahr nach der Linkswende die 40. Auflage ihrer »Festa do Avante«

**Zum 40. Mal findet in diesem Jahr das Pressefest der Kommunistischen Partei Portugals (PCP), die »Festa do Avante«, nahe der portugiesischen Hauptstadt statt. Viele Portugiesen warten nach dem Regierungswechsel vor einem Jahr noch immer auf Reformen.**

Von Dominic Heilig, Lissabon

Ein halbes Jahr war die neue, sozialdemokratisch geführte und von der portugiesischen Linken tolerierte Minderheitsregierung im Amt, da stellte sich ihr eine erste Bewährungsprobe. 320 Arbeitern im Lissabonner Hafen wurde im Mai von heute auf morgen gekündigt. Die Gewerkschaft mobilisierte, Streiks wurden organisiert und die Regierung begab sich in

»Die Lage ist kompliziert, das sehen wir. Nur können wir nicht ewig warten«, sagt die junge Frau.

Verhandlungen mit der Betreibergesellschaft. An deren Ende standen die Wiedereinstellung der gekündigten Dockarbeiter, ein leicht verbesserter Tarifvertrag und die Festanstellung von 23 Leiharbeitern. Zwar konnte nicht erreicht werden, die Löhne anzuheben, dafür aber wird es in Zukunft keine Leiharbeit mehr im Hafen geben.

Über die Docks führt die »Brücke des 25. April« Menschen aus der Hauptstadt über den Tejo in den Süden des Landes und damit am kommenden Wochenende wieder viele Zehntausende geradewegs zum Fest der PCP-Parteizeitung »Avante«. Auch Hafentarbeiter werden die dreitägige »Festa do Avante« besuchen. Sie gehören zur Stammklientel der PCP

Joao ist Rentner und Taxifahrer. Er ist auf den Zusatzverdienst angewiesen und quert den Tejo täglich. »Das, was ich am Monatsende habe, reicht nicht zum Leben«, erklärt er verbittert. »Die Troika hat verlangt, dass Renten gekürzt werden. Und das alles, um Banken und Reiche zu sanieren.« Joao ist Mitglied der Kommunistischen Partei und hilft seit Juni beim Aufbau des Festivals. In diesem Jahr ist mehr zu tun als in den Jahren zuvor. Denn die Partei hat ihr Gelände in Amora (Seixal) erweitert. Ein besonderes Fest soll es werden, schließlich ist es die 40. Auflage. »Es gehört dazu zu helfen, damit alles fertig ist, wenn die Gäste kommen«, sagt er stolz.

Jorge ist kein Parteimitglied, hilft aber dennoch seit einigen Tagen



PCP-Vorsitzender Jerónimo de Sousa im Wahlkampf 2015

Fotos: Reuters/Hugo Correia

freiwillig. »Ich habe von Freunden gehört, dass das neben der ganzen Arbeit auch viel Freude macht. Man trifft viele Menschen aus dem ganzen Land, aus verschiedenen Verhältnissen und vor allem viele junge«, erzählt der 21-Jährige. Wasser- und Stromleitungen sind zu verlegen, Hunderte Stände und mehrere Bühnen aufzubauen.

Auf der Hauptbühne wird neben bekannten portugiesischen Bands am Sonntag auch Jerónimo de Sousa auftreten und traditionell die Abschlussrede vor Zehntausenden halten. In den vergangenen Jahren bot dem Parteivorsitzenden die große Kulisse auf der Festa die Möglich-

keit, gegen Troika, Europäische Union und die konservative Regierung zu wettern. Doch seit November 2015 toleriert seine PCP gemeinsam mit dem marxistischen Linksblock eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Verkehrte Welt also in diesem Jahr auf der »Festa do Avante«?

Als im Juli in Brüssel darüber nachgedacht wurde, gegen Portugal ein Defizitverfahren einzuleiten, da erneut die Maastricht-Kriterien verpasst wurden, plädierte de Sousa für einen Austritt des Landes aus der Eurozone. Und Anfang des Jahres, bei der Verabschiedung des Staatshaushaltes, gingen seiner Partei die

Rücknahmen der durch die Vorgängerregierung durchgesetzten Lohnkürzungen zu schleppend voran. Premier Antonio Costa (PS) präferierte eine Rücknahme der Lohnsteuererhöhungen von 3,5 Prozent in zwei Schritten, de Sousa verlangte eine sofortige Senkung. Die Verhandlungen zwischen beiden Parteiführern waren und bleiben schwierig.

Dennoch glich bereits die Bereitschaft der Kommunisten, Premier Costa zu stützen, einer kleinen Revolution. Die PCP hatte, seit dem Bruch der Übergangsregierung nach der Nelkenrevolution 1974/75, geliche Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten vehement abgelehnt.

Jerónimo de Sousas Doppelstrategie, Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen und gleichzeitig politische Opposition bleiben zu wollen, scheint vor allem im Hinblick auf die Wähler der PCP sinnvoll. Viele gehören, wie Ana, den ärmeren Schichten der Bevölkerung an. Sie haben noch nicht viel mitbekommen von den neuen sozialen Versprechungen der Regierung. »Die Lage ist kompliziert, das sehen wir. Nur können wir nicht ewig warten«, sagt die junge Frau aus einer der Trabantsiedlungen Lissabons. Doch auch sie wird sich die »Jubiläum-Festa« in diesem Jahr nicht entgehen lassen und de Sousa aufmerksam zuhören.

## FARC verkünden Waffenruhe

Kolumbien: Guerilla stellt Kampf gegen den Staat ein

Bogotá. Nach der Einigung auf einen Friedensvertrag mit der kolumbianischen Regierung haben die FARC-Rebellen einen endgültigen Waffenstillstand verkündet. Dieser sollte am Montag um null Uhr (Ortszeit) in Kraft treten, teilte FARC-Chef Rodrigo Londoño alias Timoschenko in der kubanischen Hauptstadt Havanna mit. Das sei die wichtigste Ankündigung seines Lebens »gegenüber Kolumbien und der Welt«, erklärte der Führer der Guerilla-Organisation. Er ordnete an, dass »all unsere Kommandos, all unsere Einheiten und alle unsere Kämpfer um Mitternacht das Feuer einstellen und die Feindseligkeiten gegen den kolumbianischen Staat beenden«, sagte Londoño weiter.

Schon Ende vergangener Woche hatte der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos einen endgültigen Waffenstillstand erklärt. In fast vierjährigen Verhandlungen hatten sich die Regierung des südamerikanischen Landes und die FARC-Rebellen auf eine Landreform, auf die künftige politische Teilhabe der Aufständischen, auf neue Ansätze im Kampf gegen den Drogenhandel sowie auf eine Entschädigung der Opfer des Bürgerkriegs verständigt. Die Bevölkerung muss dem Friedensvertrag am 2. Oktober noch in einem Referendum zustimmen. Umstritten ist besonders eine Sonderjustiz, die auch für schwere Verbrechen eine Haftstrafe von maximal acht Jahren vorsieht. Ein »Ja« im Referendum ist daher nicht selbstverständlich. Zugleich war das Land aber noch nie so nahe an einem Frieden in dem jahrzehntelangen Konflikt zwischen linker Guerilla, Militär und rechten Paramilitärs. Mehr als 220 000 Menschen waren dabei gestorben, Millionen Einwohner wurden vertrieben. Agenturen/nd

## Syrien: Kampf um Manbidsch

Kurdenmilizen wehren sich gegen protürkische Rebellen

Damaskus. Die Kurden reagieren auf die Offensive protürkischer Rebellen im Norden Syriens. Sie verstärken ihre Stellungen in der strategisch wichtigen Stadt Manbidsch mit Waffen und Personal.

Die Vorbereitungen für den Kampf um die Stadt Manbidsch im Norden Syriens laufen offenbar auf Hochtouren. Ein Sprecher der Kurden berichtete, angesichts des Vorrückens von der Türkei unterstützter Rebellen würden ihre Kämpfer von örtlichen Einheiten aufgerüstet. Die Miliz YPG sei daran aber nicht beteiligt. Sie bleibe östlich des Euphrats. Aus Sicherheitskreisen hieß es zuvor, YPG-Kämpfer brächten Waffen und Personal in die Stadt. Die Kurden hatten Manbidsch erst kürzlich durch ihre Miliz SDF mit starker Unterstützung der USA und syrischer Rebellen von der Extremistenmiliz Islamischer Staat (IS) erobert. Die Stadt, in der einst 150 000 Menschen lebten, liegt am Westufer des Euphrats. Am Sonntag hatte ein Kommandeur der von der Türkei unterstützten Rebellen Gruppen mitgeteilt, Kämpfer rückten auf Manbidsch vor, um die Stadt den Kurden wieder abzunehmen. Die YPG ist der militärische Arm der syrischen Partei PYD, die wiederum ein Ableger der in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK ist. Die türkische Armee und mit ihr verbündete Rebellengruppen hatten am Mittwoch voriger Woche die Grenze nach Syrien überquert, um dort gegen den IS zu kämpfen – aber auch, um zu verhindern, dass kurdische Rebellen weitere Gebiete von den Dschihadisten erobern. Die Türkei befürchtet, dass ansonsten kurdische Aufständische im eigenen Land erstarken. Der türkische Außenminister Cavusoglu warf der YPG am Montag ethnische Säuberungen im Norden Syriens vor. Agenturen/nd

# Zivilisten zwischen den Fronten

Nigerianische Armee nimmt beim Krieg gegen Boko Haram keine Rücksichten

**Im Kampf gegen die islamistische Miliz Boko Haram nimmt das nigerianische Militär auch viele Zivilisten fest. Aktivisten sagen, dass manche von ihnen nie wieder auftauchen.**

Von Anne Gonschorek, Kapstadt

Nigerianische Soldaten tragen einen erbarmungslosen Kampf im Nordosten des Landes aus. Die extremistische Gruppe Boko Haram terrorisiert die Region bereits seit Jahren mit immer brutaleren Angriffen, Morden und Entführungen. Bei der Jagd nach den Islamisten hat das Militär aber auch eine Vielzahl von Zivilisten festgenommen, die es manchmal wochen- und monatelang festhält.

Dieses Jahr starben laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International allein in der Militärhaftanstalt Giwa in der nordöstlichen Stadt Maiduguri fast 150 Menschen. »Wir haben immer wieder wegen der hohen Todesrate der Insassen Giwas Alarm geschlagen, doch Untersuchungen zeigen, dass sie sowohl für Erwachsene als auch für Kinder ein Ort des Todes bleibt«, schrieb Netsanet Belay von Amnesty International (AI) über die Institution.



Nigerianisches Militär im Einsatz gegen Boko Haram

Foto: imago/Xinhua

Im Frühling sollen hier 1200 Menschen hinter Gittern gesessen haben, darunter mindestens 120 Kinder. »Viele wurden willkürlich in Massenhafungen zusammengetrieben«, sagt AI. »Oftmals gänzlich ohne Beweislage.«

Augenzeugen berichten der Menschenrechtsorganisation gegenüber von kläglichen Bedingungen. »Die Masern begannen mit der heißen Jahreszeit«, erzählt eine 40-jährige Frau. »Am Morgen waren zwei oder drei Babys krank und bis zum Abend

schon fünf.« Doch erst der Tod dieser Kinder brachte regelmäßige ärztliche Kontrollen mit sich. Die Augenzeugin erzählte AI, dass inzwischen alle zwei Tage medizinisches Personal vorbeikommt, das den Kindern durch die Tür hindurch Medizin verabreicht

Die nigerianische Regierung weist die Behauptungen bisher zurück. Tatsächlich haben die Verantwortlichen durchaus Grund zum harten Durchgreifen: Boko Haram ist eine der rücksichtslosesten Extremistengruppen der Welt. Seit Juni 2014 hat sie laut dem »Long War Journal«, einer Organisation, die terroristische Aktivitäten beobachtet, mindestens 105 Frauen und Mädchen in Suizidangriffen benutzt und so Hunderte von Menschen auf belebten Märkten, in Schulen und Flüchtlingslagern getötet.

In diesen chaotischen Zuständen ist es nicht immer eindeutig, wer Opfer und wer Sympathisant ist. Oft werden junge Männer getötet, die sich weigern, der Miliz beizutreten. Das Militär will deshalb auch bei Jungen im Kampfalter kein Risiko eingehen

Experten hingegen glauben, dass nigerianische Soldaten sowohl heimische als auch internationale Gesetze brechen. »Angesichts eines Feindes, der so brutal ist wie Boko Haram, ge-

hört es zu den größten Herausforderungen des nigerianischen Militärs, sie zu besiegen und gleichzeitig die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu respektieren«, sagt Netsanet Belay, Sprecher von Amnesty International. »Dies ist eine Herausforderung, bei der es zu versagen scheint.«

Dabei gibt es auch gute Nachrichten: Seit der neue Präsident Muhammadu Buhari vergangenes Jahr ins Amt gewählt wurde, hat das Militär viel an Boden zurückgewonnen. Innenminister General Abdulrahman Dambazau erklärte vor kurzem sogar, dass der Krieg gegen Boko Haram »gekämpft und gewonnen worden« sei. Die Opfer der Miliz könnten langsam in ihre Heimat zurückkehren. Tatsächlich behält die Gruppe jedoch weiterhin viele Teile der Region unter ihrer Kontrolle und trägt damit zu den anhaltenden Verhaftungen von Zivilisten bei.

Amnesty International besteht indessen darauf, dass die Bedingungen in Giwa verbessert werden müssen: »Fast ein Jahr nach unserer Untersuchung (...) ist es nun Zeit für Präsident Buhari, sein Versprechen einzuhalten, eine dringende Untersuchung in Gang zu setzen, die Kinder freizulassen und Giwa ohne Verzögerung zu schließen«, fordert Belay.

# Albtraum für die Umwelt

Die Umweltschützer des Nabu werfen der Kreuzfahrtindustrie Greenwashing vor

Die Kreuzfahrtindustrie hängt laut dem Kreuzfahrt-Ranking des Nabu eigenen Versprechen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz weit hinterher.

Von Hermannus Pfeiffer

Der nach eigenen Angaben weltweit führende Touristikonzern TUI sieht seine Zukunft im Wasser. »Das Kreuzfahrtgeschäft bildet einen Schwerpunkt der TUI-Wachstumsstrategie«, sagt Vorstand Sebastian Ebel. Die Flotte der Tochtergesellschaft Hapag-Lloyd Cruises erhalte daher zwei neue Schiffe. Gebaut wird in Norwegen. Und auch in der finnischen Meyer Turku Werft hat mit dem ersten Stahlschnitt der Bau einer neuen Schiffsgeneration von TUI Cruises begonnen. Die Kreuzfahrtreederei wird von 2018 an ihre ersten beiden Schiffe der

»Mein Schiff«-Serie ersetzen. Über finanzielle Details wurde Stillschweigen vereinbart. Doch TUI dürfte weit mehr als eine Milliarde Euro investieren müssen. Die Schiffe werden mit modernster Umwelttechnik ausgestattet, versichert TUI.

Dietmar Oeliger, NABU-Leiter Verkehrspolitik, bereiten die Traumschiffe eher Albträume. Zwar seien die neuen Pötte tatsächlich oft umweltverträglicher als die alten. Dennoch werde oft noch mit Schweröl gefahren, faktisch sei dies Sondermüll. Vor der sauberen Lösung, Flüssigerdgas LNG, schrecken die meisten Tourismuskonzerne weiterhin zurück. LNG-Motoren sondern kaum oder gar keine gesundheitsgefährdenden Rußpartikel ab.

Der Umweltverein Nabu stellte am Montag in Hamburg das Kreuzfahrt-Ranking 2016 vor. Von 50 untersuchten Schiffen schneiden nur fünf mit

»eingeschränkt empfehlenswert« ab: Am besten – trotz der Kritik – die »AIDAprima«. Gefolgt von Hapag-Lloyds »Europa 2« und den neuen Schiffen von TUI, »Mein Schiff« 3,4 und 5.

Inzwischen misstraut Oeliger auch den oft vollmundigen Öko-Ankündigungen der Reedereien. »Anspruch und Wirklichkeit klaffen in der Vergangenheit zu weit auseinander«, so der Umweltschützer. Besonders gelte das für den deutschen Branchenführer AIDA. So habe die Rostocker Reederei vor einigen Jahren bereits versprochen, nur noch mit LNG fahren zu wollen. Umgesetzt sei davon aber wenig.

Ein Beispiel sei die »AIDAprima« als jüngster Flottenzugang. Sie wurde als umweltfreundlichstes Kreuzfahrtschiff beworben. »Doch noch ein halbes Jahr nach der Taufe kommt das Herzstück des Schiffes, das Abgassys-

tem, noch immer nicht zum Einsatz«, sagt Oeliger. Die Nagelprobe des Systems und seine tatsächliche Emissionsminderung stehen also noch aus.

Oeligers Fazit: »Reeder hängen eigenen Versprechen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz weit hinterher.« Dabei seien technische Lösungen zur Emissionsminderung wie etwa Partikelfilter und Stickoxid-Katalysatoren ausgereift. Einzig aus Profitgründen verzichte ein Großteil der Branche bislang darauf, höherwertige Kraftstoffe einzusetzen und Schiffe mit Abgasteknik nachzurüsten.

Die Blockadehaltung der meisten Reedereien beim Umweltschutz zeige sich auch in Deutschlands wichtigster Kreuzfahrtdestination Hamburg. Von den rund 40 Schiffen, die 2016 den Hamburger Hafen anlaufen, sind laut NABU nur eine Handvoll in der Lage, Landstrom zu beziehen und daher die

Motoren während der Liegezeit abzuschalten. Doch bislang nutze einzig die »AIDAsol« diese Möglichkeit.

Die Kreuzfahrtindustrie hält die Kritik für überzogen. Alle gesetzlichen Normen würden umgesetzt. Neue rechtliche Vorgaben etwa für die Nord- und Ostsee zwingen die Reedereien seit kurzem, beispielsweise weniger Schwefel auszustoßen. Und viele Reedereien gingen beim Umweltschutz über die Normen hinaus.

Die Branche boomt seit Jahren. Gerade auch in Deutschland: Insgesamt 1,8 Millionen Bundesbürger reisten 2015 zu Wasser, was einem Wachstum von 2,3 Prozent entspricht. Neue Schiffe werden das Wachstum 2016 und in den Folgejahren weiter ankurbeln. Die Branche beschäftigt laut Angaben des Verbandes CLIA europaweit über 350 000 Menschen.

Und neue Märkte werden erschlossen. Traumziel ist China. Mehrere deutsche und europäische Tourismuskonzerne haben mit der Vermarktung begonnen. Da der Urlaubsanspruch kürzer ist als in Europa, werden kurze Touren von zwei, drei Tagen angeboten. Eingesetzt werden vor allem ältere Cruiseliners, die in Europa oder den Vereinigten Staaten ausgedient haben.

Experten warnen vor einem Bumerang-Effekt. So werden zwar die aktuell im Bau befindlichen Schiffe umweltverträglicher sein – aber es werden immer mehr (Alb-)Traumschiffe. So will TUI nach dem Zulauf der beiden neuen Schiffe, die alten »Mein Schiff«-Pötte nicht verschrotten. Die Dreckschleudern werden unter anderem Namen bei einer Tochtergesellschaft weiterfahren. Beide stehen im NABU-Umweltanking an letzter Stelle.



Auch die Schiffe der Aida-Flotte sind für die Umwelt ein Albtraum.

Foto: imago/Hoch Zwei Stock/Angerer

## Apple & Co setzen auf Erneuerbare

Wirtschaftsunternehmen verbrauchen durch steigende Serverleistungen mehr Energie

Immer mehr große Unternehmen in den USA setzen auf erneuerbare Energien. Unternehmen wie Apple, Google und Walmart investieren dafür in Solarenergie, Wind- oder Wasserkraft. Jetzt soll vor Rhode Island der erste Windpark auf See entstehen.

Von John Dyer, Boston

Apple ist unter die Stromerzeuger gegangen. Das Technologieunternehmen hat von der US-Regierung die Genehmigung erhalten, Strom aus Solarenergie in das allgemeine Elektrizitätsnetz einzuspeisen. Die Entscheidung der Bundesregulierungskommission kennzeichnet einen neuen Trend: Große amerikanische Firmen gehen in das Geschäft mit erneuerbaren Energien, von Apple und Amazon bis hin zu Google, Microsoft oder der Warenhauskette Walmart.

Diese Firmen haben umfangreich in Solaranlagen und Windparks investiert, denn das stärkt den Ruf als modernes, umweltbewusstes Unternehmen bei den Kunden. Apple hat 850 Millionen Dollar (754,4 Millionen Euro) für einen Solarpark mit einer Kapazität von 120 Megawatt im Silicon Valley ausgegeben. Google hat 16

Verträge zum Kauf von 2,2 Gigawatt sauberen Stroms abgeschlossen, um seinem Ziel näherzukommen, ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien zu arbeiten.

General Motors, McDonald's, Gamble und Walmart haben dazu beigetragen, die »Renewable Energy Buyers Alliance« aufzubauen, eine Gruppe, die Wirtschaftsunternehmen helfen soll, auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Die Erzeugung sauberer Energie in Wirtschaftsunternehmen hat sich in den vergangenen drei Jahren in jedem Jahr verdoppelt, hat das Rocky Mountain Institute festgestellt, eine Denkfabrik aus Colorado. 2015 haben sich elf große Firmen zusammengeschlossen, um die Erzeugung von 3,23 Gigawatt Strom aus Solar-, Wind- und anderen erneuerbaren Energien zu finanzieren. Das entspricht der Produktion von fünf Kohlekraftwerken. Das Projekt lässt die Menge des von privaten Nicht-Stromversorgern produzierten sauberen Stroms um 173 Prozent steigen.

Technologiekonzerne brauchen immer mehr Strom für ihre Dienstleistungen, sagt Brian Janous, Leiter der Abteilung Energiestrategie bei Microsoft. Denn die Kunden erwarten



Auch die Cloud braucht Strom

Foto: dpa/Solar Millennium AG

seit dem Angebot der Cloud-Dienste, permanent mit ihren Smartphones, Tablets oder PCs über das Internet mit der Cloud ihres Anbieters verbunden zu sein. Die Server für die Datenwolke verbrauchen dabei 50-mal so viel

Energie wie ein normales Unternehmen, stellt das US-Energieministerium fest. Die Datenzentren in den USA verbrauchen schon jetzt zwei Prozent der gesamten Stromproduktion des Landes. »Wir alle werden zu sehr gro-

ßen Spielern auf dem Energiefeld, das ist eine echte Veränderung«, sagt Janous dazu. »Energie ist etwas, worüber Microsoft, Amazon oder Google nicht nachdenken mussten – bis die Cloud kam.«

Zwar wird noch immer viel Strom aus Kohlekraftwerken bezogen. Aber der Trend geht zu den Erneuerbaren. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen berichtet, dass im vergangenen Jahr dafür weltweit 286 Milliarden Dollar investiert wurden.

Dieser Trend hat jetzt endgültig auch die USA erreicht. Ein Beispiel ist die 300 Millionen Dollar teure Windturbinen-Anlage vor Rhode Island, die gegen viele Widerstände jetzt doch gebaut wird. Sie steht im Atlantischen Ozean und ist die erste Anlage dieser Art in den USA. Die fünf Windturbinen können 17 000 Haushalte mit Strom versorgen. Die Anwohner an der Küste kämpften erbittert dagegen, weil sie um ihre Aussicht und den Tourismus fürchteten. Solche Bedenken haben bisher den Bau einer ähnlichen Anlage an der idyllischen Küste von Cape Cod in Massachusetts verhindert.

Jenny Heeter vom Laboratorium für erneuerbare Energien in Colorado sieht das Rhode Island-Projekt ebenso wie die Popularität der Tesla-Elektroautos als Zeichen für einen Stimmungswandel. »Es ist ein dramatischer Wandel«, an den man vor nur fünf Jahren nicht einmal gedacht habe.



Menschenjagd, leicht gemacht: In »Carnage Park« (USA 2016) sehen wir rohe Gewalt in ausgebleichten Farben.

Foto: Fantasyfilmfest

Der Schrecken kommt nicht von außen, sondern wohnt in uns. So die Botschaft des zeitgenössischen Horrorthrillers

# Frieden ist machbar, Herr Nachbar!

Von Thomas Blum

Wie gut kennen Sie eigentlich Ihre Nachbarn? Kennen Sie sie als hilfsbereit und aufgeschlossen oder eher als feindselig und auf Streit aus? Ist das neu eingezogene Ehepaar, das aussieht wie aus einem Katalog für britische Golfsportmode ausgeschnitten und diese überkandidelte Höflichkeit an den Tag legt, nicht ein wenig sonderbar in seiner beängstigenden Gestriegeltheit? Und ist andererseits der waffensammelnde einsame Wolf von nebenan, der leicht geistig beeinträchtigt wirkt, tatsächlich nur ein harmloser Spinner? Oder handelt es sich bei Ihren Nachbarn dem ersten Anschein nach um ganz und gar freundliche und unauffällige Zeitgenossen, von denen Sie, sieht man einmal vom rituellen Gutenmorgengruß ab, nichts wissen? Insbesondere im letzteren Fall haben Sie allen Grund dafür, misstrauisch und besonders achtsam zu sein. Schließlich können Sie nicht wissen, ob Ihr gleichmütig lächelnder Nachbar der Josef-Fritzl-Sorte Mensch angehört und in seinem Keller Menschen in Stahlkäfigen hält wie Vieh.

Filme, die den Nachbar als bedrohliche, schwer gestörte Figur wiederentdeckt haben, gibt es auf dem diesjährigen Fantasyfilmfest einige: »The Neighbor« (USA 2016), »Creepy«

(Japan 2016), »The Ones Below« (GB 2015). Was sie mitteilen, ist: Böse ist der Mensch und nicht edel, hilfreich und gut. Und wer das bezweifelt, dem sei gesagt, dass die Psychopathendichte in der Realität weitaus größer ist als im alljährlichen Ausstoß kulturindustrieller Machwerke des Genres. Auch sonst versuchen die Festivalmacher offenbar, dem alten Vorurteil, der Horror- und Science-Fiction-Film handele wahlweise von skurril aussehenden Außerirdischen oder blassen Vampiren, etwas entgegenzusetzen. Der Horror kommt dieses Jahr direkt aus unserer Gegenwart, aus der Konsum-, Segregations- und Leistungsgesellschaft, die wir uns geschaffen haben, und nur in den seltensten Fällen aus dem All. Auch so altertümlicher und schon etwas angestaubter Schnickschnack wie Teufel, Hexen und Dämonen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Nicht Irreales bedroht uns, so zeigen nicht wenige zeitgenössische Horrorfilme und Thriller, sondern äußerst Reales, die moderne Kommunikationstechnologie zum Beispiel (»Cell«, USA 2016) oder die Folgen des jährlich stärker schrumpfenden Bildungsetats: In »The Lesson« (GB 2015), dem wunderbaren Erstlingswerk der jungen Filmemacherin Ruth Platt, müssen wir etwa dabei zusehen, wie ein überforderter Lehrer auf die wachsende Bildungsmisere und

deren Folgen reagiert. Mit privaten Nachhilfestunden der unkonventionellen Art.

Der Schrecken, so müssen wir immer wieder lernen, kommt nicht von außen, er wohnt in und erwächst aus uns selbst. Die Hölle, das sind wir und die anderen: der Faschismus, der aus allen Ecken und Enden unserer Gesellschaft keck hervorlugt, religiöse

*Die Hölle, das sind wir und die anderen: religiöse Fanatiker, Neonazi-Terroristen, an der Gesellschaft erkrankte psychisch Gestörte und, nicht zu vergessen, die eigene Familie, der Hort allen Unbills.*

Fanatiker, Neonazi-Terroristen, an der Gesellschaft erkrankte psychisch Gestörte und, nicht zu vergessen, die eigene Familie, der Hort allen Unbills (»Imperium« (USA 2016), »Into The Forest« (FRA/SWE 2016), »Trash Fire« (USA 2016), »Psycho Raman« (IND 2016)).

Nicht nur der mysteriöse Nachbar ist schon immer ein beliebtes Motiv im Genre des angsteinflößenden Films. Auch der eine Invasion seines

Lebensraumes halluzinierende Einzelgänger, der von der Leine gelassene schäumende Wutbürger ist in diesem Kontext zu nennen. Zwei Filme aus dem diesjährigen Programm widmen sich explizit diesem Thema: In »Carnage Park« (USA 2016) etwa hat ein stockreaktionärer Irre, eine kaugummikauende Redneck-Figur, die wohl auch als die Parodie auf den militanten Trump-Anhänger zu verstehen ist, sein irgendwo in der Einöde gelegenes wüstenähnliches Grundstück zu einer Art Park umgerüstet, in dem er auf Menschenjagd geht. Nicht nur was seine Jäger-und-Gejagte-Story angeht, auch was die ausgebleichte Optik angeht, wird hier liebevoll mit Zitaten gearbeitet. Wie in Quentin Tarantinos Werk oder der US-Serie »Fargo« wird hier nicht mit Referenzen an das rohe Gewaltkino der 70er Jahre gespart. Spielbergs früherer Thriller »Duell« (USA 1971) oder Scorseses »Taxi Driver« (USA 1974) dürften hier ebenso stilistisch Vorbilder gewesen sein wie viele der für die Bahnhofskinos produzierten Exploitationfilme jener Zeit. Auch in »Desierto« (MEX/FRA 2016) steht ein rassistischer Einzelgänger im Mittelpunkt, der es sich zum Hobby gemacht hat, gemeinsam mit seinem Hund und seinem Jeep Jagd auf mexikanische Einwanderer zu machen. »Welcome to the Land of the Free«, sagt er noch murrend zu sich selbst, als er einen nach dem anderen aus der

Ferne per Schuss aus dem Scharfschützengewehr exekutiert. Auch in »Kidnap Capital« (CAN 2015), dem wohl politisch aktuellsten Film dieses Jahr, sind es Flüchtlinge, die verschleppt, gefoltert und zur Handelsware gemacht werden, während das idyllische Vorstadtleben seinen ganz normalen Gang geht.

Doch auch an der klassischen und eher grob gestrickten Trashware gibt es keinen Mangel. Persönlich zu Gast auf dem am Sonntag zu Ende gegangenen diesjährigen Berliner Festival war am Samstag etwa der US-amerikanische Horrorfilmer Mike Mendez, der dort sein neuestes B-Picture vorgestellt hat, eine kurzweilige Splatterkomödie, in der der sichtlich gealterte 80er-Jahre-Actionheld Dolph Lundgren, den mancher vielleicht noch als ebenso wortkarge wie seelenlose Sowjet-Kampfmachine »Ivan Drago« aus dem Kalter-Krieg-Film »Rocky IV« kennt, als Dämonenjäger im Indiana-Jones-Look seine begrenzten schauspielerischen Fähigkeiten zur Schau stellen durfte. Vom Publikum verabschiedete sich Mendez mit dem schönen Satz: »Ich hoffe, ihr mögt Gewaltdarstellungen.«

Das Festival findet in München noch bis 4.9. statt, in Frankfurt am Main, Stuttgart und Köln ist es von 1. bis 11.9., in Hamburg von 8. bis 18.9. zu sehen. Programm unter: www.fantasyfilmfest.com.



Wenn es um Jazz aus Deutschland geht, fällt einem sofort Till Brönner ein. Der 45-jährige Trompeter und Sänger aus Berlin produzierte Alben für Hildegard Knef und die No Angels, er spielte zusammen mit Weltstars wie Dave Brubeck, Natalie Cole, Carla Bruni und Annie Lennox. Sein aktuelles Werk »The Good Life« erscheint am 2. September bei Sony Music. Olaf Neumann traf Till Brönner in Hamburg.

Foto: dpa/Daniel Reinhardt

Till Brönner

## Jazz für den Präsidenten

Medienwissenschaftler meinen, dass es seit den 80ern in der populären Musik nur noch abwärts ginge. Sehen Sie das auch so? Faktisch haben wir die großen Erfindungen in der Musik hinter uns. Jazz hat die Funktion, auf das zu reagieren, was gesellschaftlich passiert oder leider nicht passiert. Da war 1967/68 natürlich mehr los als heute.

Wer war der letzte Revolutionär im Jazz?

Es gibt glücklicherweise noch einige Revolutionäre, aber manchmal ist auch das Niederlegen der Waffen so etwas wie eine Revolution. Auch Miles Davis hatte eine Phase, in der nichts passierte. Warum macht ein großer Innovator des Jazz plötzlich fünf Jahre lang keine Musik und kocht zu Hause im Satinbademantel Pilzgerichte? Es muss bei Miles Davis ein musikalisches Innehalten gewesen sein, weil er bereits alles ad absurdum geführt hatte.

Ihr Album wurde in Los Angeles und in Amsterdam von der Jazz-Legende Ruud Jacobs produziert. Was macht ihn so besonders?

Ruud Jacobs, 78 Jahre, ist ein Zeitgenosse der Erfinder des Jazz. Eine der letzten lebenden Legenden. Er hat ein sehr gutes Gespür für Qualität und Kommerzialität.

Als einziger deutscher Künstler wurde Ihnen in diesem Frühjahr die Ehre zuteil, im Weißen Haus vor Präsident Obama auftreten zu dürfen. Wie kam es dazu?

Ich wurde letztes Jahr vom Theonious Monk Institute, das der UNESCO nahe steht, zum International Jazz Day in Paris eingeladen. Er wurde von Herbie Hancock ins Leben gerufen. Dessen Ziel ist es, Kultur so einzusetzen, dass sie völkerverständigend und konfliktmindernd wirkt. Jazz hat die Kraft, Menschen zueinander zu führen. So kam es, dass auch ich ins Weiße Haus eingeladen wurde. Es war sehr beeindruckend. Obama trat auf die Bühne mit den Worten »Welcome to the Blues House!« in Anspielung auf Dizzy Gillespie, der 1964 für das Präsidentenamt kandidierte.

Wer war alles dabei?

Wayne Shorter, Herbie Hancock, John McLaughlin, Sting, Aretha Franklin, Diana Krall, Al Jarreau, Buddy Guy, Hugh Masakela, Chick Corea.

Ich habe mich übrigens total beobachtet gefühlt – von den First Ladies, deren Ölschinken überall rumhängen, auf denen sie viel hübscher aussehen als in Wirklichkeit. Gemeinsam mit den anderen Musikern wartete ich neben dem Oval Office auf Obama. Als Kind war ich mit meiner Oma mal zur Audienz beim Papst, aber bei Obama war es eine ganz andere Nummer. Er war sehr, sehr nett. Ihn vor Herbie Hancock einen Diener machen zu sehen, war toll. Ein unvergesslicher Tag!

Und dann durften Sie sogar vor Obama auftreten? Insgesamt drei Mal. Ich genoss es.

»Schlaflos in Tel Aviv« – Erzählungen von Chaim Noll

## Vom Schmuggel über Zeitgrenzen

Von Sabine Neubert

Der Schriftsteller ist unterwegs. Unterwegssein ist seine Identität. Er fliegt von Tel Aviv nach Berlin und von dort weiter nach Köln. Am Flughafen in Israel finden scharfe Kontrollen statt. In Köln hält er einen Vortrag. Die leitende Professorin der Veranstaltung zieht ein Fazit: Der Text, findet sie, »sei gekonnt in seiner Mischung aus Düsternis und unerwarteten Lichtblicken.« Die Atmosphäre der ganzen Veranstaltung ist von viel Düsternis und wenig Licht gezeichnet.

In den sich anschließenden Gesprächen berichten jüdische Menschen von ihrer dunklen Vergangenheit. Da steht schon die schreckliche, aktuelle Frage im Raum: »Wird es Krieg geben?« Es gibt Krieg. Einige Teilnehmer wissen es schon: Seit dem Morgen bombardieren amerika-

nische Flugzeuge Saddam Husseins Truppen. An Golf brennen die Ölfelder.

Wie dieser zur Erzählung verdichtete Bericht aus dem Jahre 1991 sind die meisten der im Buch versammelten Erzählungen Chaim Nolls brandaktuell, vielschichtig und voller historischer Bezüge und Querverbindungen, oft ein unauf lösbares Geflecht aus Gewusstem und Gedachtem, aus Dunkelheit und Licht. Sie sind Selbst- und Weltbefragung. Das gilt vor allem für die später, nach der Jahrtausendwende entstandenen.

Der Band enthält vierzehn Erzählungen aus rund fünfundsiebzig Jahren. Obwohl sie nicht durchweg zeitlich angeordnet sind, kann man an ihnen jedoch in etwa den Lebens- und Entwicklungsweg des Autors von Ostberlin nach Westberlin und über Rom nach Israel (1995) ablesen,

den bewusst gewählten Weg von der Großstadt bis an den Wüstenrand des Negev. Was allerdings keine Weltabkehr bedeutet: »Es gibt Fragen wie durchsichtige Schatten, am frühen Morgen ... ehe die Sonne ihr rosiges Licht über die Eukalyptusbäume gießt, über Agaven, Palmen, Dachgärten, ein unvergleichliches, einzigartiges Licht – dem, der es nie gesehen hat, schwer zu beschreiben.« Immer ist in den Erzählungen Zeitgeschichte und – ganz wichtig – jüdische Geschichte – mit zu lesen.

Chaim Noll ist unterwegs. Unterwegssein versteht er als Bestimmung seiner Existenz als Jude und Schriftsteller. Er schreibt vom Unterwegssein mit dem Auto und dem Flieger. Die Fahrt durch das »unermüdliche« Tel Aviv im »fließenden Strom aus Blech« erzeugt Visionen von schwarzen Hunden. Da vermischen sich Enge und Ängste.

Flughäfen sind besondere Orte der Begegnungen. Erstaunt nimmt er wahr, dass es die jungen Israelis, kaum haben sie den Wehrdienst hinter sich, nach Berlin, ins kalte Deutschland, zieht – mit völlig falschen Vorstellungen, wie ihm scheint, ihm, der von dort gekommen ist und sich fragt, »ob nicht die ganze nördliche Zivilisation ein Irrtum« ist. »Barfuß in Crocs« erzählt liebevoll ironisch von einer solchen Flughafen-Begegnung.

Die Erzählungen sind nicht alle von gleicher Qualität, sie gewinnen mit der Zeit an Dichte. Zu Recht hat die letzte große Erzählung dem Buch den Titel gegeben: »Schlaflos in Tel Aviv«. Ausgerechnet bei einem Gertrud-Kolmar-Forum, das unter dem unseligen Stern von Auseinandersetzungen mit den Palästinensern steht, begegnet er der alten Dame Shlomit Ben-Shalom, der Witwe des bekannten Religionswissenschaftlers. In ei-

ner langen schlaflosen Nacht erzählt sie ihm von ihren Erinnerungen an die große Aufbruchszeit und all die berühmten Menschen, die sie prägen: Brod, Buber, Agnon, Scholem, Else Lasker-Schüler usw. Chaim Noll lauscht ihr atem- und schlaflos, und wir lauschen ihm atemlos bei seinem »Schmuggel über die Zeitgrenze«, wie es an anderer Stelle einmal heißt.

Der Schriftsteller ist unterwegs, und er liest aus seinen Büchern, »für die es«, wie er sagt, »keine Leser mehr gibt. Die, die sie lesen könnten, wurden vorher umgebracht.« Schreibt er gegen alle Vernunft? Im Gegenteil! Die Erzählungen handeln vom Sinn des Redens und Erzählens.

Chaim Noll: Schlaflos in Tel Aviv. Erzählungen. Verbrecher Verlag. 245 S., geb., 21 €.





## MEINE SICHT

## Trümmermanager

Nicolas Šustr über Rettungsversuche der Senatspolitik

Die SPD ist im Panikmodus. Die jahrelange Agonie des schwarzen Senats droht der Partei, die sich nach wie vor als große Volkspartei sieht, bei der kommenden Wahl vor die Füße zu fallen. Besonders augenscheinlich wird das im Mammutressort von Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD). Seit Monaten kündigt er an, was er alles anpacken will. Möglichst viele Sozialwohnungen erhalten etwa. Viele neue Straßenbahnstrecken sollen kommen. Und Fahrradwege sowieso, dafür soll es dann eine Radinfrastrukturgesellschaft geben. Die Verkehrslenkung Berlin, die für Ampelschaltungen und Baustellensperrungen zuständig ist, sei auch auf dem Wege der Besserung, sagt er. Mehr Brücken will man auch sanieren. Wenn dann auch genug Personal da ist, dass die ganzen Vorhaben auch planen und umsetzen kann. Jetzt soll auch noch ein Masterplan für die City West kommen. Die Zukunft ist geduldig, die Gegenwart nicht. Denn diese ganzen Dinge fehlen schon seit Jahren, zuallererst natürlich wirklich bezahlbarer Wohnraum. In Geisels Ressort ist der Trümmerhaufen, den blinde Sparwut und unfassbare Ignoranz auf Senatsseite verursacht haben, sehr groß. Der Senator ist am laufenden Band damit beschäftigt, die Scherben zusammenzukehren, die ihm seine Vorgänger zurückgelassen haben. Um die Dinge ernsthaft zu kitten, reicht die Zeit schon lange nicht mehr. Also müssen es Ankündigungen richten. Die werden dann manchmal sehr seltsam präsentiert. Beispielsweise als der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) vor einiger Zeit mit »Berlin bleibt bezahlbar« das erste Wahlkampfplakat präsentierte, dies ausgerechnet vor der ehemaligen GSW-Zentrale in Kreuzberg, der privatisierten Wohnungsbaugesellschaft. Das Gespür ist den Sozialdemokraten abhanden gekommen. Bei der Opposition sorgt das für eine Mischung aus Spott und Wut. Anscheinend auch bei vielen Bürgern, zwei Drittel der Berliner sind mit der Arbeit des Senats unzufrieden. Wenn das Vertrauen weg ist, helfen auch keine Versprechungen mehr.



Vor einer Woche zündeten Unbekannte einen SPD-Bus an.

Foto: dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

## Abgefackelt, abgerissen und bespuckt

Stimmung im Wahlkampf ist aggressiv, Zerstörungswut und Hass beeinträchtigen den demokratischen Wettstreit

**Vor Ort wie in Buch sind Wahlkämpfer Anfeindungen ausgesetzt. Gewalt, Vandalismus und Einschüchterungen werden von der Berliner Polizei fast täglich registriert. Über 150 Strafanzeigen wurden schon gestellt.**

Von Philip Zeitner und Martin Kröger

Der Mann – groß gewachsen, breites Kreuz – guckt böse. Dann spuckt er direkt vor dem Infostand aus, den die Sozialdemokraten im Berliner Stadtteil Buch aufgebaut haben. Wenig später kommt der vierschrotige Kerl zurück aus dem nahegelegenen Supermarkt, erneut rotzt er aus und sagt: »Drecksack«, bevor er weiter trottet. »Das darf man nicht persönlich nehmen, sondern ist gegen unsere Partei gerichtet«, sagt Rainer-Michael Lehmann, der erneut als Abgeordneter für die SPD ins Abgeordnetenhaus einziehen will. Gemeinsam mit Toralf Liefneck, der für die Bezirksverordnetenversammlung von Pankow kandidiert, ist Lehmann an diesem Freitag in Buch vor Ort. Jenem Stadtteil in Berlins Nordosten, der als Hochburg der rechtsextremen NPD gilt und in dem SPD-Mitglieder

bereits in vergangenen Wahlkämpfen von Rechten fotografiert und sogar schon tödlich angegriffen wurden. Man sei einiges gewohnt, sagt Lehmann. Die Sozialdemokraten achten deshalb darauf, dass sie nicht in zu kleinen Gruppen unterwegs sind, sondern in ausreichender Zahl.

Bereits der Weg vom S-Bahnhof Buch bis zum SPD-Stand in der Fußgängerzone ist gesäumt von NPD-Plakaten. Exakt 14 aktive NPD-Mitglieder leben in Buch, die meisten seien polizeilich bekannt, sagt Lehmann. Wenn sie mobilisieren, könne der überschaubare Kern aber bis auf 80 Personen anwachsen. Bei ihren Anfeindungen belassen es die Rechten meistens bei verbalen Attacken. Doch auch einige Wahlplakate mussten die SPD-Wahlkampfshelfer schon ersetzen. So auch eines direkt vor dem Bürgerbüro Lehmann. An der Laterne hing dann stattdessen ein NPD-Plakat. Auch Aufkleber finden sich regelmäßig an der Scheibe des Büros. Beeinflussen lassen will sich Lehmann davon nicht: »Ich stelle mich rechten Kräften entgegen, da lasse ich mich auch nicht einschüchtern«, sagt er. Trotz der rechten Problematik ziehen Lehmann und Liefneck eine

positive Bilanz zum Wahlkampf: Die Reaktionen seien überwiegend positiv, ein Anstieg politischer Gewalt für sie nicht direkt wahrzunehmen, auch wenn die Stimmung immer aggressiver werde.

Die Situation der SPD-Wahlkämpfer in Buch ist im berlinweiten Vergleich zwar extrem, Gewalt im Wahl-

»Die Angriffe auf den Wahlkampf und damit auf Menschen, die sich in den meisten Fällen ehrenamtlich für unsere Demokratie engagieren, haben ein Maß erreicht, das unerträglich ist.«

Michael Müller, SPD

kampf ist in diesen Tagen aber ein Thema für viele Parteien. In einer Reihe von Vorfällen stachen besonders zwei Brandanschläge hervor. Einer wurde auf ein Fahrzeug des CDU-Wahlkreiskandidaten Thilo-Harry Wollenschläger in Spandau verübt.

»Das ist ein unerträglicher Anschlag auf eine demokratische Partei und ein neuer Tiefpunkt in der politischen Auseinandersetzung«, erklärte der CDU-Landesvorsitzende Frank Henkel nach der Attacke Anfang August.

Im laufenden Wahlkampf gab es inzwischen einen zweiten Brandanschlag. In der vergangenen Woche traf es einen Wahlkampfbus der SPD in Lichtenberg. Das Fahrzeug brannte vollständig aus. »Die Angriffe auf den Wahlkampf und damit auf Menschen, die sich in den meisten Fällen ehrenamtlich für unsere Demokratie engagieren, haben ein Maß erreicht, das unerträglich ist«, sagt SPD-Landeschef Michael Müller. Statt eines Streits in der Sache, der mit Worten ausgetragen werde, erlebe er Angriffe auf Büros von Abgeordneten, Pöbeleien unterster Schublade an Infoständen der Parteien und flächendeckende Beschädigung von Wahlplakaten.

Wie groß das Ausmaß der Gewalt und Einschränkungen im laufenden Wahlkampf ist, zeigen Zahlen der Polizei Berlin. Bis zum 20. August gab es 49 Fälle, in denen Plakate der AfD zerstört wurden. Der Spitzenkandidat der Rechtspopulisten, Georg

Pazderski, kündigte mittlerweile an, 100 Euro für Hinweise zu bezahlen, mit denen Zerstörer von Wahlplakaten gefasst werden könnten. Die Wut trifft aber auch viele andere Parteien: Bei 40 Strafanzeigen ging es um die Zerstörung von CDU-Plakaten, in 30 Anzeigen um welche der Sozialdemokraten. Die LINKE wehrte sich mit zwölf Anzeigen, Grüne und FDP jeweils mit elf. Wie die Polizei mitteilte, wurden bis zum 20. August insgesamt 83 Verdächtige ermittelt. Wahlplakate abzureißen ist kein Kavaliersdelikt: Neben Geldstrafen ist sogar eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren wegen Sachbeschädigung denkbar.

Am Montag traf es unterdessen Wahlkämpfer der rechtspopulistischen Kleinstpartei »Pro Deutschland«, die in der Rigaer Straße in Friedrichshain von Unbekannten angegriffen wurden. Medien berichteten über vier leicht verletzte Pro-Deutschland-Unterstützer. In der Rigaer Straße gibt es zahlreiche linksradikale Hausprojekte. Die Polizei suchte am Montag zunächst die Umgebung nach mutmaßlichen Angreifern an, die die Rechten attackiert haben sollen. Dabei kam auch ein Hubschrauber zum Einsatz.

## Arbeitsloser Müllmann bewirbt sich um Wahlkreis

Brandenburgs LINKE startet Nominierung ihrer Bundestagskandidaten

**Weniger Prozente, mehr Mandate – die brandenburgische LINKE könnte bei der Bundestagswahl 2017 von Überhangmandaten profitieren.**

Von Andreas Fritsche

Die brandenburgische LINKE beginnt, ihre Direktkandidaten für die Bundestagswahl 2017 aufzustellen. Der Anfang wird am kommenden Sonnabend um 10 Uhr im Kino im Potsdamer Hauptbahnhof gemacht. Dort entscheidet eine Gesamtmitgliederversammlung der Genossen aus dem Wahlkreis, der Potsdam und umliegende Orte erfasst, wer dort für die LINKE antreten soll. Es bewirbt sich erneut der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller, der die Unterstützung des Kreisvorstandes genießt. Nach derzeitigem Stand hat er mindestens einen Mitbewerber – Jürgen Weber. Der 56-Jährige war früher bei der Müllabfuhr beschäftigt, ist langzeitarbeitslos, von Hartz IV betroffen schon »seit der ersten Stunde«, wie er selbst sagt, also seit 2005. Seine Bewerbung richte sich nicht gegen Norbert Müller, versichert Weber. Er mache sich auch keine Illusionen, diesen verdrängen zu können, sagt er. Er wolle lediglich ein Zeichen setzen, damit einige »führende Genossen« den Pro-



Norbert Müller

Foto: dpa

blemen der Betroffenen von Hartz IV wieder mehr Beachtung schenken. Seiner Ansicht nach tun sie das nicht mehr genug. Aus Protest gegen Hartz IV erschien Weber am vergangenen Wochenende zum Sommerfest der Linkspartei in Potsdam in Häftlingskleidung, seine Registratur bei der Arbeitsagentur (BG 0304/0008272) als Sklavennummer an die Brust geheftet. Für Leute wie ihn gebe es sowieso keinen Datenschutz, argumentiert er. Die Landesliste der Linkspartei soll aus den Direktkandidaten zusammengestellt werden. Noch gibt es keine Vorentscheidungen über die Zusammensetzung dieser Liste.

Es ist aber wahrscheinlich, dass die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann Spitzenkandidatin wird und ihr Fraktionskollege Thomas Nord auf Platz zwei kommt. Für Platz drei interessiert sich die parteilose Internetaktivistin Anke Domscheit-Berg, die früher Landesvorsitzende der Piraten gewesen ist. Auf Platz vier möchten die Abgeordneten Norbert Müller und Harald Petzold.

In Umfragen liegt die LINKE in Brandenburg gegenwärtig bei 16 Prozent – nach 22,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2013. Damals erhielt der Landesverband fünf Mandate, jetzt dürfte er eigentlich nur auf vier hoffen. Doch Vorhersagen sind angesichts komplizierter Bestimmungen und Berechnungen schwierig. Der Abgeordnete Müller weist darauf hin, dass die märkische LINKE bereits bei 18 Prozent fünf bis sechs Mandate bekommen könnte. Dies gesetzt den im Moment wahrscheinlichen Fall, CDU und SPD verlieren bundesweit an Zustimmung, gewinnen aber dennoch in etwa wieder so viele Wahlkreise wie 2013. Alle Direktkandidaten ziehen in den Bundestag ein. Das dadurch verzerrte Kräfteverhältnis der Parteien wird durch Überhangmandate ausgeglichen. Von solchen Überhangmandaten würde auch die LINKE in Brandenburg profitieren.

## Wohnungen statt Riesenrad

Senat will Masterplan City West/Verhandlungen mit Investoren laufen

**Grundsätzliche Einigungen aber wenig Konkretes präsentiert Bausenator Andreas Geisel (SPD) bei einem Termin mitten im Wahlkampf.**

Von Nicolas Šustr

Drei Wochen vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September präsentiert sich Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) abermals als Macher. Einen ganzen »Masterplan City West« kündigt er an, mit dem der Bereich zwischen Ernst-Reuter-Platz, Landwehrkanal und Bahnhof Zoo insgesamt betrachtet werden soll. Doch er hat auch Konkretes in Petto. »In der vergangenen Woche gab es bei zwei Grundstücken einen Durchbruch«, verkündet er bei einer Pressekonferenz im Amerika-Haus am Bahnhof Zoo an diesem Montag.

Dabei dreht es sich einerseits um das leerstehende ehemalige Telekom-Haus am Ernst-Reuter-Platz, direkt gegenüber dem denkmalgeschützten, 80 Meter hohen, Telefunken-Hochhaus, das inzwischen von der Technischen Universität (TU) genutzt wird. Es soll abgerissen werden dürfen und an seiner Stelle ein Gebäudeturm errichtet werden können, der seinen Gegenpart nicht übertagt.

Viel wichtiger ist für Andreas Geisel die grundsätzliche Einigung mit den Eigentümern des Grundstücks, auf dem ursprünglich ein Riesen-

rad als Touristenattraktion errichtet werden sollte. »Nach zwei Jahren Verhandlungen ist der Investor bereit, 25 Prozent Sozialwohnungen zu errichten«, sagt Geisel. Nach dem das Projekt gescheitert war, gab es Bestrebungen seitens des Senats, das Vorkaufsrecht des Landes wahrzunehmen. Das war allerdings gegen den Widerstand des damaligen Finanzsenators Ulrich Nußbaum (parteilos, für SPD) nicht möglich, wie Geisel einräumt. Nun setzt er darauf, dass der Investor das Quartier mit geschätzt 400 Wohnungen, aber auch einem Tagungshotel und Büroflächen für hochschulnahe Unternehmen realisiert. »Das wird schlicht und ergreifend ein kommerzielles Wohngebiet, was eher auf höherpreisige Wohnungen zielt«, sagt Katrin Lompscher, LINKE Stadtentwicklungsexpertin. Ihrer Ansicht nach sollte das Gelände hauptsächlich mit Bezug zur direkt angrenzenden TU genutzt werden. »Als zum Beispiel günstiges studentisches Wohnen«, so Lompscher.

Bevor Geisels Ankündigungen realisiert werden können, sind noch viele Schritte notwendig. So soll die Busabstellanlage der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) von der Hertzzallee Richtung Bahnanlagen verlegt und die zersplitterte Eigentümerstruktur der Flächen – Investor, BVG, Land Berlin, DB Netz AG – bereinigt werden. »Da beide Seiten daran in-

teressiert sind, gehen wir von einer schnellen Lösung aus«, sagt Manfred Kühne, Leiter der Abteilung für Städtebau in der Senatsverwaltung. Die beiden zuständigen Bezirke Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf werden ihre Zuständigkeit für den Bebauungsplan an die Senatsverwaltung abgeben. »Herr Geisel stellt hier Pläne vor, allerdings hat immer noch das Abgeordnetenhaus das letzte Wort«, kommentiert Lompscher.

Der Charlottenburg-Wilmersdorfer Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (SPD) beschwert sich bei Stadtentwicklungssenator Geisel darüber, dass in dessen Verwaltung »zugewartet« werde, obwohl der Bezirk zur Neugestaltung des Hardenbergplatzes »seit geraumer Zeit abgestimmte Umbaupläne vorgelegt« habe.

Klaus-Jürgen Meier von der Arbeitsgemeinschaft City, einem Zusammenschluss von Geschäftsleuten in der Gegend bringt wieder die Tiefgaragenpläne für den Vorplatz des Bahnhofs Zoo ins Spiel. Auch dürften denkmalgeschützte Gebäude der 1950er und 1960er Jahre die Entwicklung nicht verhindern, also abgerissen werden. Wie eh und je wird also im westlichen Zentrum gestritten. Geisels Ankündigungen ärgern Lompscher dennoch. »Drei Wochen vor der Wahl ist das kein guter Stil, wenn der Senator klarmacht, was geht«, sagt sie.

# Schweigen für Gerechtigkeit

NFL-Star Colin Kaepernick singt die US-Hymne nicht mehr mit, um gegen Polizeigewalt und Rassismus zu demonstrieren

Colin Kaepernick, Quarterback von den San Francisco 49ers, sorgt mit seinem ungewöhnlichen Protest für neue Diskussionen über Polizeibrutalität und fehlende Chancengleichheit in den USA.

Von Oliver Kern

Fangesänge sind nicht besonders verbreitet in den USA. Während beispielsweise »You'll never walk alone« ein Klassiker in Europas Stadien ist, wird auf der anderen Seite des Atlantiks oft nur rhythmisch geklatscht, wenn etwas Stimmung aufkommen soll. Doch ein Lied ist überall in den Staaten zu hören: The Star-Spangled Banner. Die Nationalhymne gehört zu jedem Sportmatch dazu – vom Basketballländerspiel übers College-Football-Finale bis hin zum Little-League-Softballmatch von sechsjährigen Erstklässlern. Bevor gespielt wird, wird gesungen.

Nur so ist zu verstehen, welchen Wirbel Colin Kaepernick ausgelöst hat und warum er genau diese Protestform wählte, als er in den Vorbereitungsspielen zur bald beginnenden Saison der National Football League (NFL) entschied, nicht mehr aufzustehen, nicht mehr die Hand ans Herz zu halten, nicht mehr die wehende US-Flagge anzusehen, nicht mehr mitzusingen. »Ich kann nicht aufstehen und den Stolz vor der Flagge eines Landes zeigen, das schwarze Menschen unterdrückt«, erklärte der Profi der San Francisco 49ers und klang dabei wie einst Muhammad Ali bei seiner Kriegsdienstverweigerung.

Kaepernick ist kein Bankdrücker, er ist Quarterback – der Spielmacher, dem der Trainer die Verantwortung über Sieg und Niederlage gibt. Kaepernick verdient 126 Millionen Dollar (112 Millionen Euro) in sechs Jahren. Er spielte 2012 im Super Bowl, und auch wenn ihn Verletzungen danach zurückwarfen, ist er immer noch ein Star in der umsatzstärksten Sportliga der Welt. Und er ist schwarz. »Mir geht es um mehr als Football. Ja, der Sport hat mir die Möglichkeit gegeben, in Luxus zu leben, doch genau deswegen wäre es egoistisch von mir wegzusehen. Da liegen Leichen auf

unseren Straßen. Ich kämpfe hier für Menschen, die keine Stimme haben.«

Die Hymne vor dem Spiel gehört zu Profispielen wie die Kabineninterviews danach. Dann reden Spieler, oft nur mit einem Handtuch bekleidet darüber, wo es gerade zwick, welche Fehler begangen wurden und wie man sie verbessern will. Kaepernicks Weigerung, die Hymne mitzusingen, war ursprünglich fast niemandem aufgefallen. Doch als er seinen Protest vor wenigen Tagen erstmals öffentlich erklärte, musste er plötzlich darüber sprechen, wo es im Land zwick, welche Fehler Polizisten und Politiker begehen, und wie sie abgestellt werden müssten.

Dabei ist Kaepernick kein Gegner von Nationalismus. Er ist stolz auf die Werte der USA, sieht sie jedoch gefährdet: »Dieses Land steht für Freiheit und Gerechtigkeit für alle, doch alle bekommen sie nicht. Diese Probleme gibt es seit Jahrzehnten, aber sie werden nicht angegangen. Das muss jetzt geschehen.«

Vorerst werde er sitzenbleiben und sich damit für unterdrückte Menschen einsetzen, sagt Kaepernick, dessen Vater noch vor der Geburt abgehauen war, und dessen Mutter ihn danach zur Adoption freigab. Kaepernick wuchs bei weißen Eltern auf, was ihn jedoch nicht vor dem alltäglichen Rassismus in den USA schützte. »Ich half mal meinem Mitbewohner am College beim Umzug. Weil wir die einzigen Schwarzen in der Gegend waren, riefen Nachbarn die Polizei, weil sie dachten, wir wären Einbrecher. Polizisten kamen und bedrohten meinen Kumpel mit gezogener Waffe«, berichtet Kaepernick.

Überhaupt sei Polizeigewalt das erste Übel, das angegangen werden müsse: »Menschen werden grundlos ermordet, und die Cops dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Die bekommen dafür sogar bezahlten Urlaub. Das ist nicht richtig.«

Rassismus ist seit Monaten eins der Hauptthemen im Präsidentschaftswahlkampf. Doch Kaepernick will keine einseitige Wahlhilfe betreiben. Beide Kandidaten würden eher für das Problem stehen, nicht für die Lösung: »Da haben wir Hillary Clinton,

die schwarze Kinder als »Superräuber« bezeichnet hat (in einer Rede über Drogenkartelle im Jahr 1996, Anm. d. Red.). Und wir haben Donald Trump, ein öffentlich agierender Rassist.« Clinton habe zudem »illegal E-Mails gelöscht, wofür normale Menschen ins Gefängnis gehen«. Sie dürfe aber weiter Präsidentschaftskandidatin sein. Dass mit Barack Obama zwei Mal ein Schwarzer zum Präsidenten gewählt wurde, bedeute nicht, dass nicht noch viel im Land geändert werden müsse.

Donald Trump hatte am Wochenende mal wieder Kritik einstecken müssen, als er den Tod einer Verwandten eines schwarzen NBA-Stars bei einer Schießerei in Chicago für seine Zwecke ausnutzen wollte. »Dwyane Wades Cousine wurde erschossen, als sie ihr Baby im Kinderwagen um den Block fuhr. Genau wie ich es sagte: Afroamerikaner werden für Trump stimmen«, hatte er am Samstag getwittert. Beileidsbekundungen kamen erst, nachdem der Shitstorm über Trump hereingebrochen war.

Kaepernick erhielt viel Zuspruch, vor allem von Afroamerikanern. Er muss für seinen Protest aber auch Kritik einstecken – fast ausnahmslos von Weißen. Fans verbrennen Trikots mit seinem Namen und hören dabei die US-Hymne, als ob das brennende Kaepernick-Trikot die neuen Nationalflagge wäre. Trainer und Spieler anderer Teams werfen Kaepernick mangelnden Respekt für jene Soldaten vor, die seine Rede- und Demonstrationsfreiheit verteidigen würden. Er solle sich doch gefälligst eine andere Protestform aussuchen. Doch der Gescholtene antwortete mit dem Hinweis, dass jene Soldaten umsonst sterben würden, wenn sie für gleiche Rechte aller kämpfen, ihr Land dieses Versprechen jedoch nicht einlöse.

Noch ist der Spieler aus San Francisco der einzige Profisportler, der so protestiert, auch wenn vor ihm bereits andere Stars, vor allem aus der NBA gegen Polizeigewalt und rassistische Diskriminierungen demonstriert haben. Er wolle auch niemanden überreden, sich ihm anzuschließen, immerhin falle er weicher als andere. »Viele Leute wollen diese Diskussion nicht



Colin Kaepernick

Foto: imago/UP!

führen. Sie haben Angst, sie könnten ihren Job oder ihre Sponsoren verlieren werden, die in dem Vereinskonstrukt eine eklatante Verletzung der 50-plus-eins-Regel sehen, die den Einfluss von Sponsoren begrenzen soll. Die RB-Macher vertrauen stattdessen darauf, dass man durch die Art und Weise, wie man Fußball spielt, auf die Dauer wenigstens die Fußballfreunde für sich einnimmt, für die sich dieser Sport ausschließlich um Sieg und Niederlage, Auf- und Abstieg dreht.

Trainer Ralph Hasenhüttl, der mit seinem neuen Team genauso hoch pressen kann wie mit Ingolstadt, nun

sen, dass das, wofür ich mich einsetze, richtig war«, so Kaepernick.

Bislang erscheint es unwahrscheinlich, dass er Konsequenzen befürchten muss. Sowohl die 49ers als auch die NFL betonten in ersten Stellungnahmen, dass niemand gezwungen

werde, bei der Hymne aufzustehen. Kaepernick wurde auch noch gefragt, ob er nun mehr Angst um sein Leben habe: »Eigentlich nicht«, antwortete er, »aber wenn mir doch was passieren sollte, beweist das nur, dass ich recht hatte.«

## Reich und bereichernd

Hoffenheim und RB Leipzig zeigten beim 2:2 hochklassigen Fußball, beide Fangruppen ihre Ironiebegabung

Sportlich stark präsentierte sich RasenBallSport in Hoffenheim. Weil die Leipziger nur unkritische Fußballfreunde für sich einnehmen werden können, vergleichen sie sich schon mit dem FC Bayern.

Von Christoph Ruf, Hoffenheim

Man stelle sich einmal vor, RasenBallSport Leipzig hätte das Los am ersten Bundesliga-Spieltag nach Dortmund, Frankfurt oder Hamburg geführt. Die Schlagzeilen dürften noch ein paar Tage lang über massive Anfeindungen gegen die als Inkarnation des Plastikfußballs geltenden Leipziger handeln. Doch am Sonntagabend musste die Elf von Ralph Hasenhüttl

nach Hoffenheim – also zu dem Verein, der bislang als schuldig im Sinne der Anklage galt.

Zum Empfang des Aufsteigers wählten die Hoffenheimer Fans den besten Ausweg aus dem Dilemma, bei der kurventypischen Kritik im Glashaus zu sitzen. »Kommerzverein kann nicht jeder sein: Scheiß RBL«, stand auf einem Transparent. Und auf einem anderen: »Den Fußball zerstört nur einer. Hoffe uns sonst keiner.« Trotz der 460 Kilometer Entfernung waren gut 700 Fans der sächsischen Red-Bull-Filiale nach Sinsheim gekommen. Was so schlecht nicht ist. Und auch die Leipziger, die nun offenbar auch Fanklubs in Schwaben und im Ruhrgebiet haben, zeigten sich iro-

niebegabt und besangen sich wieder mal selbst als »Bullenschweine«.

Nach dem Spiel war die Laune in der Gästekurve dann sowieso prächtig. In der Nachspielzeit war Marcel Sabitzer schließlich ein überaus verdienter 2:2-Ausgleichstreffer gelungen, nachdem Dominik Kaiser schon die erste Führung der Gastgeber egalisiert hatte. Was man zuvor gesehen hatte, war ein sehr attraktives, im Spiel nach vorne sogar teilweise hochklassiges Spiel beider Mannschaften, die Flachpässe und Kombinationen mehr schätzten als Befreiungsschläge und Kopfball-Ping-Pong im Mittelfeld.

Das 2:2 vom Sonntag war deshalb auch ganz nach dem Geschmack der Red-Bull-Strategen. Denn sie wis-

sen, dass kein zentimetergenauer Pass in die Tiefe und keine noch so brasilianische Ballannahme diejenigen Fußballfreunde für RB einnehmen werden, die in dem Vereinskonstrukt eine eklatante Verletzung der 50-plus-eins-Regel sehen, die den Einfluss von Sponsoren begrenzen soll. Die RB-Macher vertrauen stattdessen darauf, dass man durch die Art und Weise, wie man Fußball spielt, auf die Dauer wenigstens die Fußballfreunde für sich einnimmt, für die sich dieser Sport ausschließlich um Sieg und Niederlage, Auf- und Abstieg dreht.

Trainer Ralph Hasenhüttl, der mit seinem neuen Team genauso hoch pressen kann wie mit Ingolstadt, nun

aber ein paar Spieler beisammen hat, die auch mit Ballbesitz etwas anfangen können, nutzte deshalb auch am Sonntag schon den zweiten Satz bei der Pressekonferenz dazu, Eigenwerbung zu betreiben: »Wir haben durch unsere Art zu spielen gezeigt, dass wir eine Bereicherung für die Liga sein können. Wir haben am zweitmeisten Torschüsse hinter dem FC Bayern abgegeben.«

Torschütze Kaiser ordnete das Spiel dann auch prompt gemäß der vorgegebenen Corporate Identity ein: »Wir stehen für eine gewisse Art von Fußball. Das versuchen wir in jeder Liga auf den Platz zu bringen.« Und Neuzugang Timo Werner, dem seit seinem Abschied vom VfB Stuttgart ein dürrer Vollbart wächst, verriet unbeabsichtigt

eine ganze Menge über das Klima bei seinem ehemaligen Arbeitgeber, indem er das bei seinem jetzigen pries: »Einen solchen Zusammenhalt in der Kabine habe ich noch nie erlebt.«

RB-Macher Ralf Rangnick, der am Wochenende der »FAZ« ein Interview gegeben hatte, in dem er betonte, ihn »schrecken die Gehälter«, die für Topspieler bezahlt werden müssten, hatte dann im Kabinengang auch noch etwas zu berichten. Für angeblich 12 Millionen Euro hat RB den 19-jährigen schottischen Offensivspieler Oliver Burke verpflichtet, an dem auch die Bayern interessiert gewesen sein sollen. Zudem kommt Abwehrspieler Bernardo vom Partnerverein RB Salzburg nach Leipzig.

## Wetter in der Region

Heute gibt es viel Sonnenschein und nur wenige lockere Wolken. Dabei sind bis 23 Grad zu erwarten. Der Wind weht mäßig aus nordwestlichen Richtungen. In der Nacht sind bei klarem Himmel fast keine Wolken unterwegs. Die Tiefstwerte sinken bis auf 12 Grad.

**Biowetter**

Belastung: Bluthochdruck (+), Kopfschmerzen (+), Rheumaschmerzen (+), Erkältungsgefahr (+), Migräne (+), Niedriger Blutdruck (-)

**Pollenflug**

Belastung: Ambrosia (+), Gänsefuß (+), Beifuß (+), Brennnessel (+), Gräser (+), keine (-), gering (o), mittel (o), stark (+)

## Aussichten der nächsten Tage

Mittwoch	Donnerstag	Freitag
12 26	14 27	13 24

06:14 Uhr SA, 19:58 Uhr SU, 03:56 Uhr MA, 18:59 Uhr MU

Wind in km/h: 10, 22, 12, 23, 10, 21, 14, 26, 10, 21, 14, 25

Nullgradgrenze: 3700 Meter des 24h-Tages

Bangkok	wolkig	35°
Buenos Aires	sonnig	17°
Chicago	Gewitter	30°
Delhi	Gewitter	34°
Dubai	sonnig	42°
Havanna	bewölkt	30°
Hongkong	wolkig	33°
Johannesburg	sonnig	26°
Kairo	sonnig	35°
Kapstadt	heiter	24°
Las Palmas	sonnig	34°
Los Angeles	sonnig	34°
Mexico City	wolkig	24°
Miami	Gewitter	34°
Moskau	wolkig	24°
Nairobi	wolkig	28°
New York	sonnig	30°
Peking	heiter	29°
Rio de Janeiro	sonnig	34°
San Francisco	heiter	23°
Seoul	heiter	24°
Singapur	wolkig	34°
Sydney	bewölkt	20°
Tel Aviv	heiter	32°
Tokio	Schauer	26°
Toronto	heiter	29°
Vancouver	wolkig	23°

			7	4				9
							2	
7	6			8				
2		7						
5						1		3
	9		5	6				
		8		9		7		
3						4	2	
4			5	7				1

## Sudoku

Das Zahlenrätsel muss so vervollständigt werden, dass in jeder waagerechten und jeder senkrechten Zeile sowie in jedem der neun Unterquadrate jede Ziffer von 1 bis 9 nur einmal auftaucht.

## Die Lösung

8	5	1	2	7	4	6	3	9
9	3	4	6	1	5	2	8	7
7	6	2	9	3	8	5	1	4
2	8	7	1	9	3	4	5	6
5	4	6	7	8	2	1	9	3
1	9	3	5	4	6	7	2	8
6	1	8	4	2	9	3	7	5
3	7	5	8	6	1	9	4	2
4	2	9	3	5	7	8	6	1

Mit freundlicher Unterstützung von www.sudoku-drucken.de





Erste Hilfe gegen die Kernschmelze

Foto: nd/Vincent Körner



Lauf, du Gerät!

Foto: nd/Elsa Koester



Exotische Informationsquellen werden angezapft.

Foto: nd/Vincent Körner

# »Jetzt muss ich nur noch den Hotspot finden«

Knapp dem Super-GAU entgangen, produziert »nd« einen Doppelgänger seiner selbst

**Manchmal ist blitzartig alles anders. Nicht, was Sie jetzt denken. Lottogewinn, Schicksalsschlag, Liebe auf den ersten Blick, Schockcroissants ausverkauft oder so. Sondern wirklich blitzartig. Weil der Blitz persönlich, der alte Schelm, zugeschlagen hat.**

Von Regina Stötzel

Auf dem Gang ist es hektisch. »Hast du schon gehört?« Alle verfügbaren Tischventilatoren stehen vor dem Serverraum, in dem Temperaturen herrschen wie in einer finnischen Sauna. Nur der Minze-Limette-Aufguss fehlt und alles, was Journalisten heutzutage zum Arbeiten brauchen: Internet, Telefon, Redaktionssystem, E-Mail-Programm... Auch die Druckvorstufe MVVG im Erdgeschoss, die die Zeitungsseiten gewöhnlich für die Druckerei aufbereitet, kann nicht arbeiten; das Internet im ganzen Haus ist ausgefallen. Houston, wir haben ein Problem. Wir sind abgeschnitten von der Welt. Super-GAU. Tatsächlich war der Server quasi vor der Kernschmelze. Aber eben nur kurz davor. Also doch großes Glück im Unglück? Ist was zu retten und wenn ja wie viel?

Nach dem ersten Schock erfolgt die Bestandsaufnahme: Per Mobiltelefon ist die Außenwelt zu erreichen. Drei Laptops mit UMTS-Sticks werden in den Ressorts verteilt. Zwar sind die Rechner auf den Stand von besseren elektrischen Schreibmaschinen zurückkatapultiert, aber Texte können abgespeichert und per Stick weiterbefördert werden. Die Kollegen von

dpa stellen freundlicherweise neue Zugänge zum Nachrichtenticker zur Verfügung, der über die Laptops abgerufen werden kann. Als die Passwörter ausgedruckt werden sollen, tut's der Drucker nicht. – Aber dann fehlte doch nur Papier.

»Meinst du nicht, dass es wiederkommt? Demnächst?«, fragt eine Kollegin, die eine fertige Seite im lahmgelegten System liegen hat. Nein, wohl eher nicht. »Irgendwie bringt das alles nichts, ich spiel jetzt erstmal mein Murrelenspiel«, verkündet ein anderer. Ein dritter hackt auf seinem Telefon herum: »Jetzt muss ich nur noch den Hotspot finden. Jetzt muss ich nur noch den Hotspot finden. Jetzt muss ich nur noch...«

Hätte das Haus genauso gut abbrennen können? Ist nun der Blitz ins Haus

oder in den Server eingeschlagen? Haben wir denn keinen Blitzableiter? Und wo ist der Wissenschaftsredakteur, der uns all das erklären könnte? Auf dem Flur plaudert man über vergebliche Kontaktversuche nach draußen und wer wann in die Redaktion geschlurft kam, als andere schon in Aufruhr waren. Schier verzweifelt soll ein Kollege sein, der von zu Hause versucht hatte, sich per Telefon krank zu melden. Eine Tür fliegt auf, der Geschäftsführer und der Chefredakteur eilen herein. »Was schenken wir Katrin? Einen Server?« Ein Rätsel.

Redakteure telefonieren mit ihren Handys. »Hier geht gar nichts.« Aber irgendwie dann doch. In der Sportredaktion informiert man sich über Teletext, denn die Fernseher laufen. Die Kollegin von der Fotobearbei-

tung wartet darauf, dass ihr Bildbearbeitungsprogramm geladen wird. Angeblich soll das klappen, bloß ist viel Geduld erforderlich. Sitzungen finden an neuen Orten statt, Kolleginnen arbeiten an anderen Arbeitsplätzen als sonst, obwohl die Räume gar nicht kaputt sind. Man glaubt es nicht: Es gibt Texte, die können trotz allem entstehen. Exklusiv, ohne Google und Wikipedia, weil echte Redakteure echten Ereignissen beigeohnt haben. So etwa der Kollege, der sich das Fantasy-Film-Fest reingezogen hat. Und es gibt Raum für Neues: »Wir nutzen die Gelegenheit, um mal ganz viel Unsinn in die Zeitung zu bringen«, schlägt der eine vor. »Man kann endlich wieder mit Papier arbeiten!«, freut sich der andere.

»Hat irgendeiner 'ne Ahnung, was in der Welt passiert ist?« Erstaunlicherweise sogar das. Texte, die auf dem kaputten Server liegen, werden in ausgedruckter Form gefunden und können abgeschrieben werden. Weitere werden per Mail erwartet. Manche Telefonnummer ist doch nicht nur auf dem Server gespeichert, externe Kolleginnen und Kollegen sind informiert. Alle Mails gehen an den Chefredakteur. »Ich bin hier das Postamt«, ruft der. Der Geschäftsführer erklärt, es würden »Verbindungen gebastelt«. Andere sehen schon den Marketingchef zum Druckhaus Schöneweide nach Neukölln fahren. Wie früher.

Die IT-Experten geben per Telefon geheimnisvolle Nummerncodes an irgendwelche Instanzen durch. Sie anzusprechen wagt derzeit niemand. Fremde Menschen pilgern in den Ser-

ver-Raum. Alle haben Smartphones in der Hand.

Das Internet funktioniert dann eben doch als erstes, wenn man so will. nd-online, genauer gesagt. Zum Glück geht ja das Internet anderswo noch, da sitzen Kolleginnen an ihren Rechnern zu Hause und arbeiten an der digitalen Ausgabe, einer im Haus, der eines der begehrten Laptops abekommen hat, koordiniert, was die Redaktion produziert.

Mobiltelefone werden an die Rechner angeschlossen, Kollegen lernen die eine oder andere Fähigkeit ihrer technischen Geräte staunend kennen. Bluetooth-Verbindungen tun sich auf, von denen man nichts geahnt hatte, Fenster sind weg und wieder da. Andere suchen immer noch nach UMTS-Sticks, die noch übrig sein könnten.

Unglaubliches passiert: Ein Anruf aus Houston, nein, Hamburg. Eine Nachrichtenagentur will eine Meldung über den Blitzeinschlag machen. Das Telefon geht also wieder. »Kann es sein, dass wir E-Mails krie-

gen? Ich habe eine von 10.24 Uhr«, sagt ein Kollege. Nein, das kann eigentlich nicht sein. Die Redakteurin, die die Zeit der Ungewissheit für Einkäufe genutzt hat, berichtet, auf der Straße rufe man sich schon zu: »Beim »nd« hat der Blitz eingeschlagen!«

Genau. Und so erscheint »neues deutschland« als eine Art Doppelgänger seiner selbst. Weil die Dateien mit dem echten Layout unzugänglich sind, werden neue Dateien in einem anderen Programm gebaut, die fast genauso aussehen. Für die Notausgabe kommt einiges zusammen. Aus acht Seiten werden schnell zwölf. Die neue Seitenfolge klebt an den Türen. Eine Produktnummer wird gefunden und die Gunst der Stunde genutzt: alles in Bunt!

Am frühen Nachmittag kommen beruhigende Nachrichten aus der IT-Abteilung. Der Blitz hat doch nicht die Server zerlegt, sondern nur den Klimatauscher auf dem Dach. Der hat warme statt kalter Luft in den Serverraum geleitet, weshalb dort – man muss sich das vorstellen wie seinerzeit im ICE – die lokale Kühlung kaputtging und die Temperatur stieg und stieg, bis sich die Maschinen abschalteten. Nun muss das Innerste des »nd«, das stark an den Maschinenraum eines kleineren Containerschiffs erinnert, allmählich wieder zum Leben erweckt werden. Für morgen besteht Hoffnung auf eine normale Ausgabe, verkündet der IT-Chef erschöpft, aber glücklich.

Die Ventilatoren-Armada ist schon abgerückt und steht neben dem Kicker-Tisch wie bestellt und nicht abgeholt. Die Hektik legt sich, die Notausgabe läuft.



Redaktionsfremdes Material im Einsatz

Foto: nd/Elsa Koester



Foto: nd/Elsa Koester

ANZEIGE

## Was schenken wir Katrin?

»nd« zwei Monate gedruckt und als App nur 35 €\*  


Es gibt Leute, die haben schon alles und wollen auch nix. Postmaterielle Kapitalismuskritik, Konsumverweigerung, CO<sub>2</sub>-Einsparung: Super, niemand versteht das besser als wir. Trotzdem will man zum Wiegenfest nicht mit leeren Händen kommen. Was tun?

Verschenken Sie das »nd«! Gerade nachdenkliche Geburtstagskinder wie Katrin (Jörn, Sibylle) freuen sich über noch mehr Durchblick. Mit unserem **Verschenk-Abo KATRIN** kommen Sie dabei geradezu prekär billig weg: Zwei Monate das »nd« gedruckt und als App für nur 35 €\* – gleich ordern: (030/2978-1800) [www.neues-deutschland.de/abo](http://www.neues-deutschland.de/abo)

\* Das Abo gilt nur für NeuabonnentInnen und verlängert sich NICHT automatisch.

neues deutschland  
 SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd